

# P R O T O K O L L

*über die 16. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr*

*am Donnerstag, 3. Juni 1993, im Rathaus, 1. Stock hinten,*

*Gemeinderatssitzungssaal.*

*Beginn der Sitzung: 14 Uhr*

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

### A n w e s e n d :

#### **BÜRGERMEISTER:**

Hermann Leithenmayr

#### **VIZEBÜRGERMEISTER:**

Erich Sablik

Dr. Leopold Pfeil

#### **STADTRÄTE:**

Ingrid Ehrenhuber

Roman Eichhübl

Karl Holub

Ing. Othmar Schloßgangl

Dkfm. Mag. Helmut Zagler

#### **GEMEINDERÄTE:**

Hermann Bachner

Felicitas Bauer

Josef Brandstötter

Gerhard Bremm

Ulrike Fuchs

Günter Fürweger

Johann Glanzer

Hans Dieter Götz

Richard Gollatsch

Oskar Holub

Klaus Jansky

Anna Jeloucan

Engelbert Lengauer

Friederike Mach

Josef Mayr

Hans Payrleithner

Mag. Harald Philipps

Edith Radmoser

Franz Rohrauer

Eva Scheucher

Dr. Tilman Schwager

Wilhelm Spöck

Franz Strasser

Walter Sirobl

#### **VOM AMT:**

MD Dr. Kurt Schmidl

OMR Dr. Gerhard Alphasamer

SR Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

OAR Walter Kerbl

#### **PROTOKOLLFÜHRER:**

OMR Mag. Augustin Zineder

Belinda Kastlunger

# T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

## Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

ÖAG-3888/89	Tauschvertrag vom 7. 8. 1992, Ehegatten Paulmayr - Stadt-gemeinde Steyr; Erweiterung der Mülldeponie; Zahlung der Grunderwerbsteuer.
Präs-76/93	Verwaltungsreform im Magistrat der Stadt Steyr; Einleitung der Implementierungsphase; externe Beratung.
Ha-34/93	Internationales Lern- u. Beratungszentrum f. Schüler u. El-tern "SCHELM" des BFI Oberösterreich.
Ha-112/93	BBA f. Kindergartenpädagogik; Aufstockung des Reinerlö-ses einer Benefizveranstaltung durch die Stadt Steyr.
SH-4370/92	Begleichung von Krankenhauskosten durch d. Stadt Steyr aus Sozialhilfemitteln.
Bau6-6948/91	Raffezeder Johann u. Elfriede; Kanalanschluß für das Objekt Steyr, An der Enns 8.
Wa-24/93	Kuglfangwehr; Instandhaltung der Schleuse; Verpflichtungs-erklärung.
GHJ2-43/93	Mutterberatung Hanuschstraße 1; Eingangstür erneuern.
GHJ2-2289/92	Erneuerung d. Flachdachisolierung - Stadtsaal, Volksstr. 5; 2. Etappe.

Wi-20/93	Grafische Gestaltung des Folders f. d. Parkraumbewirtschaftung.
Rp-618/92	Teilhonorarnote d. Fa. Mitex-Plan über S 45.000,-, APT-Küchenumbau; Einschaltung eines Gutachters.
Ges-16/93	Anstrahlung von Gebäuden im Stadtgebiet - Projektierung.
ÖAG-8364/92	Ankauf des Grundstückes 1036/1, KG Steyr, von Herrn Johann Stübinger sen., Hammerstraße 17, 4453 Trattenbach.
Ha-6218/80	Forelle Steyr; Gewährung einer Subvention von S 100.000,-,-- als Weiterleitung einer Landesförderung.

# Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER      BÜRGERMEISTER      HERMANN  
LEITHENMAYR:

- 1) Präs-1166/91      Bildung der gemeinderätl. Ausschüsse; Änderung in der Zusammensetzung.
- 2) Sport-4619/73      Neufassung der Richtlinien für die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr.
- 3) Bau5-7390/92      Erweiterung der Hauptschule HS 1 und HS 2 Tabor; Vergabe der Schlosser-, Maler- und Bodenbelagsarbeiten.
- 4) Bau5-7390/92      Erweiterung der Hauptschule HS 1 und HS 2 Tabor; Vergabe der Baumeister-, Spengler-, Elektroinstallations- und Zimmermannsarbeiten.
- 5) ÖAG-1873/90      Ankauf der Hauptreparaturwerkstätte Steyr; Zahlung der Eintragungsgebühr.
- 6) GHJ1-92/93      Zusammenfassender Bericht über ein EDV-Konzept für den Magistrat der Stadt Steyr.
- 7) GHJ1-92/93      Ersatzbeschaffung für die Philips-EDV-Anlage; Ankauf einer UNIX-EDV-Anlage aufgrund des EDV-Konzeptes für den Magistrat der Stadt Steyr.
- 8) Ha-4202/92      SK Vorwärts Steyr; Ansuchen um Gewährung einer ao. Subvention.

BERICHTERSTATTER      VIZEBÜRGERMEISTER      DR.  
LEOPOLD PFEIL:

- 9) VerkR-5629/92      Parkraumbewirtschaftung; Auftragsvergabe zur Überwachung der Kurzparkzonen.

BERICHTERSTATTERIN      STADTRAT      INGRID      EHREN-  
HUBER:

- 10) Ha-2517/91      Verein "Frauen für Frauen"; Subvention f. d. Jahr '93.
- 11) Ha-85/93      Verein "Pro mente infirmis" - ATRIUM Steyr, Subvention für 1993.
- 12) Ha-4110/91      Errichtung eines 2gruppigen Kindergartens im Objekt Ledigenheim, Wehrgraben; Auszahlung eines verlorenen Zuschusses in Höhe von S 3.000.000,--.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

- 13) Bau6-30/93 Kanalisation Fischhub - Plenkberg, 3. Bauabschnitt; Errichtung NS 11, 12, 13, 13 a.
- 14) Bau3-7090/91 Weiterer Ausbau der Gußwerkstraße; Mittelfreigabe.
- 15) Bau6-647/88 "Kanalisation Tabor", 2. Bauabschnitt NS 12 u. NK N, öffentliche Ausschreibung vom März 1993.  
Bau3-103/93
- 16) Bau3-2296/92 Verbindungsstraße Ennser Straße - Resthofstraße.
- 17) Bau3-114/93 Asphaltierungsprogramm 1993; Vergabe der Arbeiten.
- 18) Bau2-6892/92 Bebauungsplan Nr. 15; Hinterberg; Änderung Nr. 1; Aufhebung.
- 19) Bau2-7420/92 Bebauungsplan Nr. 51 "Schladergründe" - Änderung Nr. 1.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZ-  
REITER:

- 20) Bau5-2224/90 FFW Stein, Steiner Straße, Löschzug III; Vergabe der Arbeiten.
- 21) GHJ2-15/93 Promenade 10; Instandsetzungsarbeiten.
- 22) Ha-4110/91 Gemeinn. Wohnungsgesellschaft Steyr-Daimler-Puch GesmbH; Bauvorhaben Fabriksinsel; Baukostenzuschuß; zweite Rate.
- 23) FW-7/93 Ankauf eines Trägerfahrgestelles mit Abrollkipper-Hakengerät für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr (KHD).
- 24) Bau5-3267/92 Umbau Hotel Münchenholz; Wagnerstraße 2 - 4; Vergabe der Planungs- und Bauleitungstätigkeit.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HEL-  
MUT ZAGLER:

- 25) Ha-3719/90 SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer Subvention von S 750.000,-- als Weiterleitung einer Landesförderung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Ich darf Sie sehr herzlich zu unserer GR-Sitzung begrüßen und eröffne diese. Ich stelle fest, daß sie ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben erscheint. Als Protokollprüfer sind mir die Gemeinderäte Eva Scheucher und Johann Glanzer gemeldet. Die beiden nehmen diese Berufung an. Entschuldigt haben sich StR Tatzreiter, GR Ing. Spanring, GR Huber, GR DI Mundorff und GR Hofstetter.

Meine Damen und Herren, zu Tagesordnungspunkt 2) "BEHANDLUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN" darf ich mitteilen, daß mit Schreiben vom 26. 5. 1993 Hr. StR Dkfm. Mag. Helmut Zagler folgende Anfrage an Hr. StR Roman Eichhübl gerichtet hat:

"Sehr geehrter Hr. StR Eichhübl!  
Bereits seit längerer Zeit fordert die SPÖ-Fraktion im GR der Stadt Steyr intensivere Bemühungen zur Anbindung der Region Steyr an einen oö. Verkehrsverbund, wobei als Termin hierfür der Stichtag der Einführung der Parkraumbewirtschaftung in Steyr, somit der 1. 9. 1993, vorgesehen war.

Mit wachsender Besorgnis nehme ich jedoch zur Kenntnis, daß Deinerseits als zuständiger stadträt. Referent für die Stadtwerke Steyr und somit auch für die Verkehrsbetriebe bislang

keinerlei oder zumindest nur unzureichende Maßnahmen zur Verwirklichung eines derartigen Verkehrsverbundes auch für die Region Steyr gesetzt werden.

So entnehme ich einer von der Alfred Bach Betriebsberatung und Verkehrsplanung in Wien erstellten Studie über den oö. Verkehrsverbund, daß die Einführung eines landesweiten Verkehrsverbundes frühestens mit 1. 1. 1994 in Oberösterreich möglich sein soll. Insider zweifeln jedoch auch diesen Termin als eher unrealistisch an, da bei 15 Bezirken, 445 Gemeinden und 3 Statutarstädten in OÖ. noch sehr umfangreiche Koordinierungsgespräche zu führen sein werden, wobei die Initiative hierzu insbesondere von den verantwortlichen pol. Kräften, vor allem der Statutarstädte des Zentralraumes, somit also speziell für Steyr von Dir, sehr geehrter Hr. StR Eichhübl, ausgehen müßten.

Berücksichtigt man, daß es allein in OÖ. 20 schienenbetriebene Linien, 286 konzessionierte Buslinien und über 150 Buslinien im Gelegenheitsverkehr gibt, so wäre es gerade für Dich als den zuständigen pol. Referenten für Steyr ein Gebot der Stunde, zur Umsetzung eines derartigen Verkehrsverbundes ehestens die entsprechenden Schritte in die Wege zu leiten.

Anzustreben hierfür wäre jedenfalls ein flächendeckender Gemeinschaftstarif mit freier Verkehrsmittelwahl, eine Sistie-

rung sämtl. bestehender Bedienstungsverbote unter gleichzeitiger Einbeziehung auch des Gelegenheitsverkehrs. Notwendig wäre zweifellos auch die Installation eines neutralen Verbundsekretariates als Ansprechstelle für den Fahrgast, zur Koordinierung der Verkehrsträger untereinander, aber auch der einzelnen Gebietskörperschaften.

Die SPÖ-GR-Fraktion wartet nach wie vor vergeblich auf Vorschläge Deinerseits, Kollege Eichhübl, wie beispielsweise ein entsprechendes Tarifgruppenmodell aussehen könnte. Deinerseits sind bisher offensichtlich weder Initiativen unternommen worden, Linz, Wels und Steyr zu einer Kernzone zusammenzufassen oder überhaupt die Stadt Steyr in einen entsprechenden Verkehrsverbund einzubinden. Anzustreben wäre jedenfalls auch die Erstellung einer regionalen Netzkarte für sämtliche öö. Regionen.

Vorstellbar wäre jedenfalls die Schaffung versch. Tarifgebiete, die sich allenfalls mit den pol. Bezirken decken könnten, wobei bis zu 4 Tarifzonen innerhalb eines Tarifgebietes festgelegt werden können. Linz, Wels und vor allen Dingen auch Steyr sollten jedenfalls in eine gemeinsame Kernzone eingebunden werden. Der Fahrpreis hätte sich sodann nach der Anzahl der befahrenen Tarifgebiete bzw. der Anzahl der Tarifzonen zu richten.

Für benachbarte Tarifgebiete sollte jedenfalls ein Bestpreis dahingehend gelten, daß die Fahrpreisberechnung anstelle der Tarifgebiete, falls dies für den Benutzer günstiger ist, nach Tarifzonen erfolgt.

Werter Hr. StR, Du siehst daran, daß die SPÖ-Fraktion über den öö. Verkehrsverbund bereits umfassende Überlegungen angestellt hat, wohingegen von Deiner Seite bisher keine nennenswerten Aktivitäten in diese Richtung zu erkennen sind. Geschätzter Koll. Eichhübl, ich stelle daher die Anfrage an Dich, wann Du endlich daran denkst, Deinem pol. Auftrag gerecht zu werden und entsprechende Initiativen für die ehestmögliche Schaffung eines derartigen Verkehrsverbundes, insbes. für Steyr als Teil einer öö. Kernzone, zu setzen, wobei in diesem Zusammenhang auch mitberücksichtigt werden muß, daß in die Region Steyr auch zahlreiche Pendler aus NÖ zur Arbeits- oder Berufsausbildungsstätte fahren, sodaß auch der angrenzende niederösterreich. Raum in eine derartige Lösung miteinbezogen werden müßte.

Sehr geehrter Hr. StR Eichhübl, ich fordere Dich daher namens der SPÖ-GR-Fraktion auf, unverzüglich entspr. Maßnahmen in die Wege zu leiten und dem GR der Stadt Steyr über Deine bisher in dieser Angelegenheit gesetzten Aktivitäten einen entspr. Bericht zu erstatten."

Ich darf Hr. StR Eichhübl er-  
suchen, diese Anfrage zu be-  
antworten.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bgm., meine  
Damen und Herren des GR, sehr  
geehrter Hr. StR Zagler! Ich darf  
mich vorerst bei Dir recht  
herzlich dafür bedanken, daß Du  
mir die Möglichkeit gegeben hast,  
aufgrund Deiner Anfrage über  
ein derart wichtiges Thema -  
nämlich die Schaffung eines  
Verkehrsverbundes in OÖ. unter  
Einbeziehung der Region Steyr -  
vor diesem Gremium zu sprechen  
und einige Aufklärungen zu  
geben; die vor allen Dingen, wie  
es aus Deiner Anfrage  
hervorgeht, Dich im bes. Maße  
betreffen, was die Aufklärung  
betrifft. Denn Dir sind  
offensichtlich wieder einmal die  
Kompetenzbereiche total durch-  
einander gekommen.

Für den Verkehrsverbund sind in  
erster Linie der Bund, das Land  
und in weiterer Folge die  
Statutarstädte und dann die  
Gemeinden zuständig. Trotzdem  
war ich in dieser Frage nicht  
untätig, sondern habe diese  
wichtigen Anliegen - neben  
unseren ständigen Forderungen  
beispielsweise seit Jahren bei  
Budget-Debatten nach einem  
Verkehrsverbund - auch in der  
Ausschuß-Sitzung am 25. 3. 93  
auf die Tagesordnung gesetzt. Bei  
dieser Sitzung warst Du nicht  
anwesend, daher dürfte es Dir  
entgangen sein, daß von den  
Stadtwerken berichtet wurde,

wie es um die Verhandlungen,  
um die Installation eines  
Verkehrsverbundes steht. Aus  
diesem Bericht ging ja hervor,  
daß am 25. 1. 1993 bei der LR  
mit den Verkehrsunternehmen  
Oberösterreichs eine Bespre-  
chung vereinbart wurde, bei der  
über die beiden Tarifmodelle -  
nämlich Zonenmodell oder aber  
kilometerbezogene Tarife - hätte  
abgestimmt werden sollen.

Da aber den Unternehmer-  
Vertretern bis zu dem Zeitpunkt  
diese Tarifmodelle gar nicht  
bekannt waren, wurde diese  
Entscheidung vertagt. Der vom  
Amt der Oö. LR eingesetzte  
Ausschuß, der sich aus Ver-  
tretern der Gebietskörper-  
schaften zusammensetzt, wurde  
zwar installiert, hat dann aber  
vorerst keine weiteren Aktivi-  
täten gesetzt.

Gesamtweit in Österreich sind  
derzeit etwa 86 % der Bevöl-  
kerung an einem Verkehrs-  
verbund angeschlossen. OÖ. ist  
daran derzeit nicht beteiligt. Um  
einen Verkehrsverbund in einer  
Region zu installieren, müssen  
aber erst durch Bund und Land -  
wie ich eingangs bereits erwähnt  
habe - die Voraussetzungen  
dafür geschaffen werden - daher  
auch die langjährigen Forde-  
rungen (nicht nur von meiner  
Person, sondern der Freiheitl.  
Partei in ihrer Gesamtheit) vor  
allen Dingen der Freiheitl. GR-  
Fraktion hier in diesem GR, die  
sich folgendermaßen aufgliedern:

### 1. beim Bund:

Die Monopole, die Bedie-  
nungsverbote müssen endlich  
fallen. Es ist für den Fahrgast  
nicht einzusehen, daß sich die  
Bundesunternehmen ÖBB und  
Post bei parallel geführten  
Strecken nach wie vor konkurrenzieren und Fahrscheine der Bundesbahn nicht bei der Post ihre Gültigkeit haben. Nach Wegfall der Beförderungs-Monopole, das sind ja die Streckenzuteilungen, müssen alle Verkehrsunternehmen wie ein Unternehmen geführt werden; d. h., einheitl. Liniennetz, einheitl. Fahrplan, einheitl. Fahrausweis und auch ein einheitl. Fahrpreis.

### 2. beim Land:

Schaffung eines oö. Zonentarifes - der Fahrschein wird nicht mehr für eine bestimmte Strecke (das sind ja die Unterschiede zw. den beiden diskutierten Tarifsyste-  
men), sondern für eine best. Zone  
ausgegeben. Die Wahl des  
Verkehrsmittels bleibt also dem  
Benützer überlassen. Mit jedem  
Fahrpreis kann man innerhalb  
der Zone alle Verkehrsmittel  
benützen. Durch diesen Einheits-  
Zonentarif sind im Durchschnitt  
30 % Einsparung für den  
Benützer realistisch.

### 3. bei den Gemeinden:

Die Gemeinden werden den  
Verkehrsverbund mitfinanzieren  
müssen und der Aufteilungs-  
schlüssel wird in etwa lauten:  
Bund 45 %, Land 46 % und die  
Gemeinden 9 %.

Du, lieber Koll. StR Zagler, als  
Finanzreferent, wirst in dieser

Hinsicht bes. gefordert werden.  
Man darf ja Steyr nicht isoliert  
als Statutarstadt alleine sehen.  
Die Kernzone muß sich von der  
Landeshauptstadt Linz ausge-  
hend über das gesamte  
Bundesland OÖ. erstrecken. Wir  
geben Dir selbstverständlich  
recht, auch die angrenzenden  
Gebiete Niederösterreichs müs-  
sen eingebunden werden. Das  
hängt ja - wie auch aus Deiner  
Anfrage hervorgeht - mit den  
Pendlern zusammen.

Aber wie schwierig und erfolglos  
solche Verhandlungen oft sind,  
hat ja Bgm. Leithenmayr vor  
kurzem gerade erlebt. Denn über  
die Finanzierung eines Ver-  
kehrsverbundes im kleinen  
Bereich Steyr-Garsten war man  
sich deshalb nicht einig, weil die  
Gemeinde Garsten eben einen  
best. Kostenbeitrag hätte leisten  
müssen - daher konnte sich  
dieser kleine Verkehrsverbund  
nicht rekrutieren. Also auch im  
kleinen Bereich war es nicht  
möglich, hat es nicht geklappt,  
und daher wird es schwierig sein,  
weil die Gemeinden ober-  
österreichweit erst überzeugt  
werden müssen, daß sie einen  
entspr. finanziellen Beitrag für  
einen derartigen Verkehrs-  
verbund leisten werden müssen.

In erster Linie sind also zur  
Schaffung eines Verkehrsver-  
bundes der Bund und das Land  
OO. gefordert, eine umfassende  
Regelung für die Region OÖ. zu  
finden. Und gerade Deine  
Fraktion, Koll. Zagler, hat ja beim  
Bund durch die "rot-schwarze"

und beim Land durch die "schwarz-rote" Koalition die Möglichkeit, dieser Forderung der Region nachzukommen. Aber ich muß jetzt schon fragen, wo blieben eigentlich bis jetzt die großen Taten in dieser Hinsicht bei diesen beiden Parteien? Denn, obwohl es eine Studie über ein Verkehrsverbund-System für das Bundesland OÖ. bereits gibt, bzw. sogar einen Vertrag (ich weiß ja nicht, ob Dir der auch bekannt ist) über die Vorbereitung des Verkehrsverbundes OÖ., ist mir nicht bekannt, daß der zuständige LR Klausberger im bes. Maße in dieser Hinsicht tätig geworden wäre. Warum wurden die Verkehrsreferenten der Statutarstädte, die ja das im bes. Maße betrifft, bisher nicht zu Gesprächen eingeladen?

Auch die Realisierung des Verkehrsverbundes Ost hat ab Beginn der Verhandlungen bis zur Realisierung Jahre gedauert, obwohl die Stadt Wien zugleich ja Bundesland ist und an sich die Verhandlungen dort etwas einfacher gewesen sind. Für unser Anliegen hier in OÖ. fehlen jedoch die nötigen Unterstützungen der Landes-SPÖ und auch der Landes-ÖVP.

Interessant ist ja auch in diesem Zusammenhang, daß eine geplante FPÖ-Resolution an die OÖ. LR, die einige Tage alt ist, "... man möge mit den zuständigen Stellen des Bundes Verhandlungen führen, daß die Stadt Steyr im Rahmen des bevorstehenden

4gleisigen Ausbaus zw. Amstetten und Linz mit 2 Bahngleisen eingebunden werden soll" von SPÖ- und ÖVP-Mandataren nicht unterzeichnet wurde.

Wie geht es nun in unserem Bereich mit dem geforderten Verkehrsverbund weiter? Nachdem bei der Besprechung im Jänner '93 beim Amt der Oö. LR keine Entscheidung über eines der beiden Tarifgruppen-Modelle getroffen werden konnte, wurde dieses Problem einem Unterausschuß, an dem auch die Stadtwerke mitarbeiten, zugewiesen. In dieser Sitzung des Arbeitskreises wurde durch den Vertreter des Amtes der Oö. LR darauf hingewiesen, daß der von Projektanten geforderte Lenkungsausschuß, in dem die Gebietskörperschaften vertreten sind, bereits gegründet worden ist. Gleichzeitig wurde aber mitgeteilt, daß dieser Lenkungsausschuß als Einführungszeitpunkt eines Tarifverbundes in OÖ. den 1. 1. 1994 vorsieht. Am 14. 4. d. J. fand eine neuerliche Sitzung des Arbeitsausschusses statt, in der neuerlich keine Einigung über die Tarifmodelle erzielt werden konnte, in der aber bei grundsätzlichen Fragen hinsichtlich des Ankaufes von Fahrscheinausgabe-Geräten durch die Gebietskörperschaften, der Einbeziehung der Schülerfreifahrten, der Einnahmensicherung für die Verkehrsunternehmen (was ja auch sehr wichtig ist), der Einbeziehung der

Gelegenheits-Verkehrsunternehmen sowie der Verknüpfung mit NÖ und Salzburg, eine Einigung erzielt werden konnte. In der Arbeitsausschuß-Sitzung am 4. 5. d. J. konnte neuerlich keine Einigung über die Tarifmodelle erzielt werden; und eine im Auftrag der ESG durch ein deutsches Unternehmen erstellte Kurzstudie hat gezeigt, daß auch beim Flächenzonenmodell 2 Varianten zu diskutieren sind. Zur Einholung weiterer Informationen wurde für 22. 6. d. J., also noch in diesem Monat, eine Tarifgruppen-Unterausschuß-Sitzung einberufen, in der letztendlich ein Beschluß über die Anwendung eines Tarifmodells für den öö. Verkehrsverbund gefällt werden soll. Wobei natürlich - das ist ja nicht zu vergessen - noch zu klären ist, ob ein bus- oder schienenbezogener einheitl. Tarif geschaffen werden soll. Außerdem sind dann noch Verhandlungen mit dem Verkehrsministerium wegen einiger Kostenersätze notwendig. Denn ich kann mir im speziellen für Steyr nicht vorstellen, daß die ganze Last wiederum von der Stadt Steyr getragen werden kann - außer Du bist anderer Meinung. Ich gehe davon aus, daß wir in diesem Jahr mit einem Verlust von etwa 23 Mill. S abschließen werden. Wenn Du als Finanzreferent in der Lage bist, weitere Zusagen zu machen, dann darf ich Dich bitten, mir das mitzuteilen.

Aus dieser Tatsachenschilderung geht jedenfalls eindeutig hervor - was den bisherigen Verlauf zu den Verhandlungen für die Einführung eines öö. Verkehrsverbundes betrifft -, daß der Einsatz von SPÖ- und ÖVP-Bundes- und Landespolitikern einmal mehr gefragt ist. Was wir seitens der Stadt Steyr beitragen können und was vor allen Dingen seitens der Stadtwerke Steyr und der Verkehrsbetriebe - und natürlich auch was mich im bes. als Referenten betrifft - beigetragen werden kann, werden wir selbstverständlich mit Nachdruck tun und beitragen, um endlich einen Verkehrsverbund unter Einbindung der Region Steyr, natürlich auch mit dem angrenzenden NÖ, zu bekommen. Die Voraussetzungen dafür müssen allerdings in erster Linie von Bund und Land geschaffen werden.

Ich hoffe, daß ich in meiner gewohnten Kürze diese Anfrage beantworten konnte. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Ich danke Koll. StR Eichhübl für die Beantwortung dieser Anfrage.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT  
ZAGLER:

Kann ich dazu Stellung nehmen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Es gibt keine Wortmeldung zu den Anfragen! Es gibt eine Anfrage und eine Beantwortung. Höchstens eine Zusatzfrage könnte gestellt werden.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Gem. § 10 Abs. 4 der Geschäftsordnung ist die Möglichkeit der Zusatzfrage gegeben, und ich möchte diese Möglichkeit schon verwenden!

Klarerweise nicht, um ein Co-Referat zu dem zu halten, was StR Eichhübl gesagt hat. Meine Anfrage war darauf gerichtet, von Dir Deine Aktivitätenliste zu hören. Es war sicher für uns alle interessant, generelle Verkehrsverbund-Darstellungen zu bekommen, weil - so glaube ich - alle hier herinnen die Bedeutung und Wichtigkeit des Verkehrsverbundes einschätzen können. Mir geht es auch darum, wie es weitergehen soll und Du hast angedeutet, daß dies eine finanzielle Angelegenheit ist ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zur Geschäftsordnung! Das ist ein Co-Referat! Nach dem Stadtstatut ist nur eine Zusatzfrage möglich!

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich komme schon zur Zusatzfrage, die im Zusammenhang mit der Hauptfrage steht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber das ist ein Co-Referat, welches nach der Geschäftsordnung nicht möglich ist. Ich bitte Sie, Hr. Bürgermeister, tätig zu werden!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMMAYR:

Sie, Hr. Koll. Dr. Pfeil, haben momentan das Wort nicht, weil ich es Ihnen nicht erteilt habe! Aber ich habe natürlich Ihre Anregung bemerkt und ich würde - nachdem ich es schon einmal gesagt habe - Koll. Zagler bitten, seine Frage zu stellen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Es wird auch kein Co-Referat, das habe ich bereits betont, aber eine Anknüpfung muß erlaubt sein. Ich komme nun zur Frage: Du hast selbst aufgezeigt, daß die finanziellen Auswirkungen für die Stadt große sein werden. Die Frage der Durchtarifizierungsverluste steht also im Raum, d. h., auch das Tarif- und Gebührenggefüge im öffentl. Verkehr Steyrs. Meine Zusatzfrage lautet: "Wie ist die Vorgangsweise, hier Tarife zu schaffen, die einen möglichst geringen Durchtarifizierungsverlust für die Gemeinde beinhalten? Mit welchen Initiativen durch die Stadtwerke ist das verbunden und in welchem Zeitablauf kann man damit rechnen?"

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMMAYR:

Danke sehr. Ich bitte Koll. StR Eichhübl um Beantwortung der Zusatzfrage.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich kann an und für sich nur das wiederholen, was ich bereits im ersten Teil meiner Ausführung gesagt habe, daß es nämlich am 22. 6. d. J. darum gehen wird, für welchen Tarif oder für welche Tarifgruppe man sich entscheiden wird. Ob also die Berechnung nach Kilometern erfolgen soll oder nach einer best. Zone. Dann - das habe ich auch bereits ausgeführt - wird es zu entspr. Verhandlungen kommen, was die Finanzierung betrifft. Das ist eine Folgeerscheinung davon und wird natürlich in erster Linie auch davon abhängen, inwieweit der Bund und das Land OÖ. entspr. Förderungen den öffentl. Verkehrsmittelträgern zukommen lassen werden.

Also die Entscheidung, so hoffe ich zumindest, wird am 22. 6. fallen, welche Tarifgruppe zur Anwendung kommen soll. Ich darf eines gleich vorwegnehmen - nachdem wir am 24. 6. eine Ausschuß-Sitzung durchführen werden (eine Ausschuß-Sitzung für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen), werde ich selbstverständlich darüber berichten. Ich habe bereits veranlaßt, daß dieser Punkt in die Tagesordnung aufgenommen wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Weiters darf ich berichten, daß Frau GR Eva Scheucher und Hr. GR Oskar Holub mit Schreiben vom 27. 5. 1993 eine Anfrage an mich gerichtet haben. Ich darf diese nun zur Verlesung bringen:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

am 5. Mai d. J. hat die Gemeinderätin der GAL Steyr, Eva Scheucher, nach längerer Beobachtung der Situation durch Michael Schmidhalter, ebenfalls GAL, das Umweltamt darüber informiert, daß aus dem Kupferhammerkanal (dieser mündet unterhalb der Fa. Möbel Hoflehner in die Enns) Öl und eine milchigweiße Substanz in die Enns gelangen.

Daraufhin hat das Umweltamt prompt reagiert und die Feuerwehr informiert, die eine schwimmende Ölsperre installierte.

Ungefähr eine Woche später wurde diese jedoch in Anwesenheit unseres Beobachters Michael Schmidhalter von der Feuerwehr wieder entfernt. Als er die Feuerwehr darauf hinwies, daß nach wie vor Öl aus dem Kanal fließe, bekam er die lapidare Antwort: 'um das zu sehen, brauche man eine Brille'. Auch in der letzten Sitzung des Umweltausschusses des GR wurde das Problem erörtert: Von seiten des Umweltamtes wurde vom Amtsleiter OAR Gergelyfi erklärt, daß als einziger

Verursacher die Fa. SNF in Frage käme, weil auf deren Gelände der Kanal beginnt und daß wegen dieser Situation bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen die Fa. SNF erstattet wurde.

Laut Fa. SNF wird jedoch erklärt: 'Der Kanal dient ausschließlich der Ableitung gesammelten Oberflächenwassers aus dem Bereich der Werksparkplätze.' Weiters bestreitet die Fa. SNF jede Schuld an Austritt des Öls und anderer Substanzen.

Diesbezüglich ergehen laut § 12 des Statutes der Stadt Steyr folgende Anfragen an den Bürgermeister:

1) Was wurde seit 5. 5. 1993, dem Tag der Informierung über den Sachverhalt, von seiten der Stadt diesbezüglich unternommen, bzw. glauben Sie, daß alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten voll ausgeschöpft wurden?

2) Warum wurde die Öffentlichkeit nicht informiert, obwohl die Ölsperre weithin sichtbar Fragen in der Bevölkerung aufkommen lassen muß, bzw. würden Sie die eingeschlagene Verfahrensweise als transparente Informationspolitik gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern bezeichnen?

3) Aus welchem Grund wird der Kupferhammerkanal während der Untersuchungsphase nach Ziehung einer Probe nicht

verschlossen? Wer trägt im Fall eines die Anzeige bestätigenden Untersuchungsergebnisses die Konsequenzen dafür, daß bis dahin die Enns unter Duldung der Stadt weiter verunreinigt wird?

4) Ist in Zukunft an regelmäßige Untersuchungen des sog. 'Oberflächenwassers' gedacht? Denn die Existenz der milchigweißen Substanz, welche eindeutig aus dem Kanal stammt, läßt sich unserer Meinung nach keinesfalls aus dem abfließenden, gesammelten Regenwasser der Parkplätze erklären, weshalb die Vermutung naheliegt, daß unter Umständen auch andere, im Gegensatz zu Öl weniger leicht nachweisbare Substanzen, in die Enns gelangen könnten."

Zu dieser Anfrage kann ich folgendes mitteilen:

Zu 1): Am 5. 5. 1993 erfolgte eine Verständigung der MA XII, daß im Bereiche der Ausmündung Kupferhammergraben im Ennsfluß eine Wasserverunreinigung feststellbar ist. Der für solche Anlässe vorbereitete Ölalarmplan wurde in Kraft gesetzt und eine entsprechende Absperrung des betroffenen Flußteiles vorgenommen. Gleichzeitig wurde auch eine Wasserprobe gezogen und diese am selben Tag dem Amt der Oö. Landesregierung, Abteilung Umweltschutz, Unterabteilung Gewässerschutz, zur Analyse übermittelt.

Zu 2): Hier muß darauf verwiesen werden, daß eine Information der Öffentlichkeit nicht durch die MA XII erfolgen kann.

Zu 3): Eine Schließung des Kupferhammergrabens ist technisch nicht möglich. Es wurde jedoch seitens der Bediensteten, die mit dem Auftrag zur Klärung beschäftigt waren, der Kanalstrang bis ins Werksgelände abgegangen, eine sichtbare Ölverunreinigung war jedoch nicht erkennbar. Mittlerweile ist auch das Analysenergebnis vom Amt der Oö. Landesregierung, Abteilung Umweltschutz, Unterabteilung Gewässerschutz, vorgelegt worden. Und es hat sich dabei herausgestellt, daß der Gesamtkohlenwasserstoff einen Gehalt von 3,1 mg pro Liter aufweist. Laut Aussage dieser Landesstelle ist der entsprechende Grenzwert der Allgemeinen Abwasseremissionsverordnung für eine Einleitung in ein Fließgewässer mit 10 mg/Liter festgelegt.

Zu 4): Die hiefür angeführte milchigweiße Substanz konnte in der Probe nicht nachgewiesen werden. Laut Auskunft der Fachleute handelt es sich jedoch um eine Ölemulsion - d. h., das eingeleitete oder eingebrachte Öl hat sich aufgrund der Vermengung mit dem Wasser zu einer Emulsion geändert.

Es wird angenommen, daß geringfügige Mengen von Ölausstritten aus den PKWs, die auf den Werksparkplätzen abgestellt

werden, durch Regenfälle in den Kanal geschwämmt wurden, die sich dann vermengt haben. Dann tritt diese weiße Farbe auf, die für eine solche Emulsion typisch ist.

Man wird den Kanal sehr genau im Auge behalten müssen. Sollte eine solche Verunreinigung öfter auftreten, dann wird es zweckmäßig sein, daß dieser Kanal ins öffentliche Kanalnetz eingeleitet wird. Dort haben wir festgestellt, daß unsere Einrichtungen sehr gut funktionieren. Beim letzten Ölunfall, der in Sierning passiert ist, wurde dieses verunreinigte Wasser gleich in ein Rückhaltebecken abgeleitet.

Das kann ich Ihnen, sehr geehrte Frau Gemeinderätin, in diesem Zusammenhang als Antwort geben.

Zu Punkt 3) "MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS" darf ich berichten, daß die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage im allg. keine Veränderung zum Besseren erfahren hat. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind trotz saisoneller Einflüsse nicht zu übersehen. Die krisenhafte Entwicklung - vor allem im Bereich der Metallwirtschaft - zeigt, daß die Situation am Arbeitsmarkt immer härter wird. Die Gesamtzahl der vorgemerkten Arbeitslosen nahm um 137 bzw. 3,6 % ab und beträgt nunmehr 3.643. Die Abnahme konzentrierte sich auf den Baubereich, wo saisonell mehr Männer Arbeit

fanden. Bei den Frauen stieg die Anzahl der Vorgemerkten, was auf das Ende der Winterfremdenverkehrsaison zurückzuführen ist.

Dennoch sind mit 2.115 arbeitslosen Männern diese wesentl. stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen als die Frauen mit 1.528 Vorgemerkten. Ich darf berichten, daß von der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken AG am 26. 4. 1993 ein Schreiben eingegangen ist. Hier teilt mir der Vorstand der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken AG mit, daß sie vom Büro des Hr. Bundesminister Klima vom Besuch einer Delegation der Stadt Steyr in Kenntnis gesetzt wurden, die dem BM einen Vorschlag für eine Streckenführung der Westbahn in Nahelage zur Stadt Steyr unterbreitet hat.

Auftragsgemäß wird der Vorstand diesen Vorschlag einer eingehenden Prüfung in bezug auf techn. Machbarkeit, Investitionskosten und betriebl. Auswirkungen im Gesamtsystem unterziehen und die Prüfung mit den berührten Bundesländern NÖ und OÖ abstimmen. Das Ergebnis dieser Prüfung wird in ca. 3 - 4 Monaten vorgelegt werden können.

Ich darf mitteilen - Koll. Eichhübl hat dieses Thema auch schon angesprochen -, daß hier eine "parlamentarische Aktion" der Abgeordneten Gartlehner, Neuwirth, Murauer und Molterer stattgefunden hat. Sie haben gemeinsam mit den Ver-

kehrssprechern ihrer Parteien an Verkehrsminister Klima einen Entschließungsantrag gerichtet, der die Anbindung Steyrs an das Hochleistungsnetz der Westbahn vorsieht. Die Abgeordneten erhoffen sich dadurch einen wirtschaftl. Aufschwung für die Region; sie sprechen auch von Wettbewerbsnachteilen, die wir weiterhin haben werden, wenn in dieser Richtung nichts geschieht. Sie meinen, daß hier eine vergleichsweise schlechte Verkehrsversorgung für unsere Stadt vorhanden ist im Vergleich mit Linz und Wels, was natürl. zutreffend ist.

Im bes. ist in dieser Entschließung vorgesehen: eine Verbesserung des Zug-Angebotes Steyr - St. Valentin - Linz sowie Steyr - Haag - Wien; der Ausbau der Ennstalstrecke zw. Steyr und St. Valentin auf 160 km/h Geschwindigkeits-Möglichkeit; weiters soll Steyr in die Hochleistungsstrecke Wien - Wels (diese soll 4gleisig ausgebaut werden) durch den Neubau der Westbahnstrecke von Amstetten nach Steyr eingebunden werden. Darüber hinaus wird der Verkehrsminister im Entschließungsantrag ersucht, eine Studie auszuarbeiten, die eine Trasse von Steyr über Kremsmünster nach Attnang auf techn. logistische Machbarkeit, deren Investitionskosten und die betriebl. Auswirkungen im Gesamtsystem beurteilen soll.

Wir sind also hier auf allen Ebenen bemüht, eine Verbesserung der Verkehrssituation in Steyr zu erreichen und werden dabei auch im Parlament entspr. unterstützt.

Abschließend möchte ich noch mitteilen, daß wir im Hinblick auf die Errichtung der Geschützten Werkstätte das Grundstück, wie bekannt, angekauft haben. Die 40 Millionen Schilling dafür stehen von Bund und Land zur Verfügung und wurden schriftlich zugesagt. Mittlerweile sind sie auch durch Beschlüsse im ATF und im Land OÖ untermauert. Es ist allerdings eine unerwartete Schwierigkeit aufgetreten. Und zwar dergestalt, daß über dieses von uns gekaufte Grundstück eine Stromleitung führt, welche aufgrund neuester Erkenntnisse des BBRZ Linz (also der Fachleute, die hier diese Geschützte Werkstätte errichten und betreiben sollen) eine Situierung dieser Zielgruppe von Personen, die möglicherweise psychisch instabil oder Prothesenträger sind, nicht zumuten läßt.

Man meint, diese elektromagnetische Strahlung, die von solchen Hochspannungsleitungen ausgeht, wäre ein Hindernis. Daher ist es erforderlich, ein Ersatzgrundstück zu finden. Wir wissen, daß es sehr schwierig ist, weil eine Industrierwidmung bzw. eine best. Größenordnung vorhanden sein muß. Jetzt wird ein Grundstückstausch ins Auge gefaßt. Ich habe sehr intensive

Verhandlungen und Gespräche geführt und hoffe, daß in kurzer Zeit ein derartiger Tausch tatsächlich stattfinden kann, der dann dem StS und dem GR zur Beschlußfassung vorliegen wird. Wichtig ist, daß es schnell geht, weil ein Anteil dieser 40 Mill. aus der Strukturmilliarde kommt, und eine Verbauung noch in diesem Jahr eine Auflage darstellt. Wir müssen sehr schnell schalten, aber es ist - wie gesagt - nicht sehr einfach. Ich wollte den GR nur darüber informieren, daß diese Schwierigkeit unerwartet aufgetreten ist.

Nunmehr darf ich zu Punkt 4) "KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STS gem. § 54 Abs. 3 Stadtstatut " kommen. Die Unterlagen wurden zu den jew. StS-Sitzungen an alle GR-Mitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt der GR-Einladung bei.

Zu Tagesordnungspunkt 5) "VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE" möchte ich den Vorsitz an Koll. Vbgm. Sablik übergeben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bgm. das Wort für seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Mein erster

Antrag betrifft die Veränderung der Zusammensetzung gemeinderätl. Ausschüsse.

1) Präs-1166/91

Bildung der gemeinderätl. Ausschüsse; Änderung in der Zusammensetzung.

In der konstituierenden Sitzung des GR der Stadt Steyr vom 7. 11. 1991 wurden die gemeinderätl. Ausschüsse gem. § 40 Stadtstatut neu gebildet und deren Mitglieder durch Wahl bestimmt. Nunmehr teilt die GR-Fraktion der SPÖ im GR der Stadt Steyr mit Schriftsatz vom 2. 3. 1993 mit, daß sie um nachstehende Änderung im gemeinderätl. Umweltausschuß ersucht:

Hr. StR Dkfm. Mag. Helmut Zagler scheidet aus dem Umweltausschuß aus; dafür wird Hr. GR Engelbert Huber für diesen Ausschluß nominiert.

Da die Ausschlußmitglieder grundsätzlich jeweils von der sie nominierenden Fraktion zu wählen sind, darf daher vorgeschlagen werden, in der nächsten Sitzung des GR der Stadt Steyr eine entspr. Wahl durchzuführen, wobei im gegenständlichen Fall lediglich die Mitglieder der SPÖ-GR-Fraktion wahlberechtigt sind.

Ich darf den Vorsitzenden bitten, über diesen Vorschlag abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Sie haben den Antrag gehört, es gibt darüber keine Debatte. Wer aus dem Kreis der Sozialdemokratischen Fraktion mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe?

Stimmhaltungen? Keine - einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Des weiteren gibt die Freiheitl. GR-Fraktion mit Schreiben v. 12. Mai 1993 folgende Änderungen in den gemeinderätl. Ausschüssen bekannt:

Bauausschuß: statt GR H. Payrleithner GR F. Bauer

Wohnungsausschuß: statt GR S. Thurner GR Ulrike Fuchs; statt GR H. Payrleithner GR F. Bauer

Prüfungsausschuß: statt GR G. Fürweger GR U. Fuchs; statt GR H. Payrleithner GR DI F. Mundorff

Wohlfahrtsausschuß: statt GR F. Bauer GR H. Payrleithner, statt GR S. Thurner GR G. Fürweger

Ausschuß f. Schul- und Sportangelegenheiten: statt GR F. Bauer GR H. Payrleithner; statt GR S. Thurner GR U. Fuchs

Verkehrsausschuß: statt GR G. Fürweger GR Dr. T. Schwager

Umweltausschuß: statt GR G. Fürweger GR Dr. T. Schwager; statt GR F. Bauer GR U. Fuchs

Ausschuß f. kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen: statt GR G. Fürweger GR DI F. Mundorff; statt GR H. Payrleithner GR F. Bauer

Ausschuß f. Angelegenheiten d. APT: statt GR F. Bauer GR H. Payrleithner; statt GR Dr. T. Schwager GR G. Fürweger

Die Ausschußmitglieder sind auch in diesem Fall ausschl. von der FPÖ-Fraktion zu wählen.

Ich würde den Vorsitzenden bitten, die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Die Abstimmung über den eingebrachten Antrag wird durchgeführt. Wenn Sie mit dieser Reihe Veränderungen einverstanden sind, dann bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit einer Neufassung der Richtlinien für die Verleihung des Sportehrenzeichens. Die Unterlagen sind rechtzeitig zugegangen und haben entspr. Beratung gefunden. Im Prinzip geht es also darum, daß auch Landes- und Bundesmeister, wenn sie in Mannschaftsbewerben errungen werden, für eine Ehrung in Frage kommen können.

## 2) Sport-4619/73

Neufassung der Richtlinien f. die Verleihung d. Sportehrenzeichens der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Ref. f. Schule und Sport v. 22. 3. 1993 wird die Neufassung der Richtlinien für die Verleihung des "Sportehrenzeichens der Stadt Steyr" genehmigt.

Diese Richtlinien treten mit 1. 7. 1993 in Kraft. Gleichzeitig werden die mit GR-Beschluß v. 18. 11. 1975 beschlossenen Richtlinien außer Kraft gesetzt. Gem. § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr hat die Kundmachung durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt zu erfolgen.

(BEILAGE)

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wünscht jemand das Wort dazu? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? Ebenfalls keine. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Erweiterung der Hauptschule HS 1 und HS 2 Tabor. Es geht um die Vergabe von Arbeiten und die Freigabe von Mitteln sowie die Bewilligung einer Kreditüberschreitung.

Es ergeht der Antrag des StS an den GR:

3) Erweiterung der Hauptschule HS 1 und HS 2 Tabor; Vergabe der Schlosser-, Maler- und Bodenbelagsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III v. 14. 5. 1993 wird im Zusammenhang mit der Erweiterung der Hauptschule HS 1 + HS 2 Tabor nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

A) Schlosserarbeiten: Fa. Fratu, Steyr: brutto S 484.679,93;

B) Malerarbeiten: Fa. Huber, Steyr: brutto S 62.357,75;

C) Verlegung Stöckelpflaster: Fa. Stipa, Linz: brutto S 272.223,60;

D) Bodenbelagsarbeiten: Fa. Leiner, Steyr: brutto S 68.529,60; geringfügige Leistungen: brutto S 60.000,--.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 947.800,--

bei der VSt. 5/2100/010100.1 durch Kreditüberschreitung bewilligt und freigegeben.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

(BEILAGE)

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu das Wort? Hr. GR Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Wir

stimmen klarerweise bei den zwei folgenden Anträgen zu, aber wir möchten nur daran erinnern, daß wir bei diesen "kleinen" Sorgen die ganz große Sorge nicht vergessen dürfen, daß aus der Bevölkerungsstruktur, aus der Wohnbautätigkeit, aus der Sozialstruktur und aus der Verkehrssituation im Gebiet Resthof - Gleink es unbedingt notwendig sein wird, eine Schule zu bauen. Hier möchten wir eben erinnern, daß wir darüber nachdenken sollen, ob und wie wichtig so ein Schulbau sein wird.

Ich meine, daß er sehr dringend sein wird. Man muß auch überlegen, wo man diesen Schulbau situieren soll. Ich möchte das nur hereinbringen, daß wir diese ganz große Sorge und ganz wichtige Überlegung nicht vergessen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke für die Wortmeldung? Gibt es weitere? Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., meine Damen und Herren! Hr. Dir. Lengauer, das kann man nicht ganz unwidersprochen im Raum stehen lassen. Als "Schulmann" wissen Sie es wahrscheinlich besser als ich, daß hier große Veränderungen im Pflichtschulsektor und im Sektor der allg. bildenden höheren Schulen stattfinden. Daß hier Umstruk-

turierungen notwendig sind, die im Zusammenhang mit neuen Stadtteilen stehen, muß sehr genau beobachtet werden. Dann muß erst gebaut werden!

Ich glaube schon, daß wir andere Stadtteile mit anderen Schulen besetzen und im Austausch eine Pflichtschule im Bereich Tabor - Resthof notwendig sein kann.

Aber daß wir jetzt zusätzl. eine Pflichtschule bauen und am allg. bildenden höheren Sektor nichts tun, halte ich für nicht richtig!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Hr. StR Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Ich verstehe den Einwand nicht ganz, daß man beobachten müßte, ob ein Bedarf entstände. Ich glaube, es sollte uns schon allen klar sein, daß die Kinder, die in 7 Jahren ins schulpflichtige Alter gelangen, heute geboren werden; daß der Beobachtungszeitraum ein wenig langgestreckt erscheint und daß die Bevölkerungsstruktur in der Gegend, die Koll. Lengauer angezogen hat, anhand der Kinderstatistik, die es dort schon gibt, den nötigen Nachweis liefert.

Ich glaube nicht, daß es die richtige Mentalität ist, zu sagen: "Gut, heute ist der Tag X und jetzt gehen wir in die Beobachtung, wieviele Kinder wohl in der nächsten Zeit gezeugt werden." Man sollte schon auch ein wenig

an die Befürfnisse der Gegenwart denken! Es ist schon ein bißchen eine Frivolität, anzunehmen, daß das Problem der schulischen Ausstattung im Gebiet Resthof (der kinderstark ist) und im Gebiet Gleink (das durch die Siedlungstätigkeit kinderfreundliche Umgebung anbietet, sodaß dort auch zukünftig mit Zuzug zu rechnen ist) auf die lange Bank geschoben werden kann. Ich möchte Sie wirklich alle ersuchen, nicht dem Vorschlag des Hr. Vbgm. Pfeil Folge zu leisten, sondern ehest Überlegungen anzustellen!

Ich glaube auch nicht, daß es richtig ist, sich in klassenkämpferische Überlegungen hineinsteigern zu lassen: Wer darf in die Hauptschule, wer darf ins Gymnasium? Wer muß ins Gymnasium, wer darf nicht in die Hauptschule? Wir müßten ganz einfach ein breites Angebot an Pflichtschulen schaffen. Ich glaube, man sollte sich jetzt nicht allzu sehr ins Detail einer Schul-Debatte vertiefen, weil es auch kein Gegenstand der Tagesordnung ist, aber es wäre sicherlich reizvoll, das einmal zu tun. Wir haben - seinerzeit war Koll. Klausberger noch Koll. im GR - hier einmal eine sehr tiefgehende, gute und auch sehr sachliche Debatte über grundsätzl. schulische Belange gehabt. Damals war es das Berufsschulwesen - heute scheint es schon auch angezeigt, im städt. Bereich über das Schulwesen im Pflichtschulbereich zu disku-

tieren und über die Versorgungs-dichte nachzudenken! Man sollte nicht die höheren Schulen und die Pflichtschulen in Konkurrenz bringen, sondern sie als sinnvolle Ergänzung in unserem Ausbildungssystem auffassen - genau das sind sie ja auch!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Nicht der Fall. Wird ein Schlußwort gewünscht? Bitte sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Natürlich, meine Damen und Herren, beschäftigt sich der zuständige Ausschuß "Schule und Sport" mit dieser Materie und natürl. auch der Bezirksschulrat. Ich bin ja auch Vorsitzender des Bezirksschulrates - in der letzten Sitzung ist dieses Thema angesprochen worden. Es ist auch schon der Auftrag ergangen, hier ganz konkrete Unterlagen zu erarbeiten.

Es ist nämlich schon entscheidend, wo der Standort dieser Schule sein wird. Wir wissen, daß das Tabor-Schulzentrum aus den Nähten platzt; wir wissen, daß wir in Gleink eine nicht mehr ganz zeitgemäße VS haben, und wir müssen hier genau anschauen, wie sich die Anzahl der Kinder hier entwickelt. Die einen sind geboren - StR Holub hat das messerscharf festgestellt und

nachgerechnet; da pflichte ich ihm bei. Aber es ist auch so, daß die Siedlungstätigkeit etwas ist, das wir selbst beeinflussen - durch Widmungen beispielsweise. Auch dadurch, daß wir z. B. im Bereich der Knoglergründe etwa 300 Wohnungen bauen werden. Wir wissen, daß im Norden der Stadt das Ausdehnungsgebiet ist, es wird auch im Resthof noch hunderte Wohnungen geben. Und wir müssen sehr genau überlegen, was das für den Schulweg und für den Standpunkt der Verkehrssicherheit heißt!

Alle diese Überlegungen sollen einfließen in eine Entscheidungshilfe, die dann im Bezirksschulrat, aber natürl. auch im GR zu treffen sein wird. Ich bin auch dagegen, daß eine Konkurrenz-Situation zw. allg. bildenden höheren Schulen und Pflichtschulen entsteht. Es ist auch so, daß wir als GR in erster Linie für die Pflichtschulen da sind. Zum Glück sind die allg. bildenden höheren Schulen - das geht an die Adresse des Hr. Vbgm. Dr. Pfeil - eine Bundesangelegenheit, möglicherweise auch noch eine Landesangelegenheit. Aber unser Aufgabengebiet ist es, zunächst den Pflichtschulbereich zu sehen. Bundesschulen sind auch finanziell anders zuzuordnen. Bedauerlich ist nur, daß zunehmend feststellbar ist (Bsp. Fachhochschule!), daß sich der Bund etwas zurückzieht, auch das Land nur vorsichtig hingreift,

und die Gemeinden, die die Schwächsten sind, eigentl. die Kosten zu einem viel höheren Teil als in der Vergangenheit übernehmen sollen. Auch Vorfinanzierungs-Überlegungen gibt es immer wieder bei der Errichtung von Bundesschulen. In diesem Zusammenhng fällt mir gerade ein, daß wir vielleicht doch in einer etwas neueren Situation - betreffend die FHS - sind. Und zwar insoferne, daß mir Hr. LR Leitl mitgeteilt hat, daß es nunmehr auch offizielle Linie des Landes ist, einen Trägerverein f. d. oö. FHS zu errichten.. Nicht mehr einen Trägerverein für Wels, sondern einen "Trägerverein oö. FHS", was unserer Intention natürl. besser entspricht. Er hat bei dieser Gelegenheit auch versprochen, daß Steyr darin eine wichtige Position darstellt, die auch er in die Richtung unserer Überlegungen durchaus akzeptiert und unterstützen wird. Das wollte ich in meinem Schlußwort zu diesem Thema gesagt haben. Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wir stimmen über diesen Antrag ab. Wer ist dafür? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Im nächsten Antrag geht es noch einmal um die HS Tabor. Der Antrag lautet:

4) Bau5-7390/92

Erweiterung der Hauptschule HS 1 und HS 2 Tabor; Vergabe d. Baumeister-, Spengler-, Elektroinstallations- u. Zimmermannsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III v. 19. 4. 1993 wird im Zusammenhang mit der Erweiterung der Hauptschule HS 1 + HS 2 Tabor nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

A) Baumeisterarbeiten: Fa. Hamberger, Steyr: brutto S 2.836.058,30;

B) Spenglerarbeiten: Fa. Vratny, Steyr: brutto S 114.713,59;

C) Heizungs- u. Sanitärinstallation: Fa. Haas, Steyr: brutto S 225.561,25;

D) Elektroinstallationsarbeiten: Fa. Elektro-Bau AG, Steyr: brutto S 256.482,19;

E) Zimmermannsarbeiten: Fa. Gundendorfer, Steyr: brutto S 149.678,46.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 444.000,--

bei VSt. 5/2100/010100.1 freigegeben und

S 3.138.500,--

bei VSt. 5/2100/010100.1 durch Kreditüberschreitung bewilligt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

(BEILAGE)

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dafür? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Nun geht es um die Hauptrepa Steyr. Es ergeht der Antrag des StS an den GR:

5) ÖAG-1873/90

Ankauf der Hauptreparaturwerkstätte Steyr; Zahlung der Eintragungsgebühr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 20. April 1993, womit wegen Dringlichkeit gem. § 49 Abs. 7 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 nachstehendes angeordnet wurde, wird hiemit genehmigt:

"Aufgrund des Amtsberichtes d. MD, Rechtsreferat, vom 20. April 1993 wird zur Zahlung der Eintragungsgebühr für den Erwerb der Hauptreparaturwerkstätte Steyr von der SDP AG ein Betrag von S 1.000.000,-- bei der VA-Stelle 5/0290/010200.0 als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen."

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wortmeldungen dazu? Keine. Wer ist dafür? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig angenommen. Punkt Nr. 6) bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Im nächsten Antrag soll das vorliegende EDV-Konzept genehmigt werden. Ich bitte, mir zu ersparen, das gesamte Konvolut vorzulesen. Es ist das Ergebnis in einem entspr. Arbeitskreis und allg. bekannt und beraten worden.

6) GHJ1-92/93

Zusammenfassender Bericht über ein EDV-Konzept für den Magistrat d. Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD, EDV, vom 19. Mai 1993 wird das EDV-Konzept genehmigt. (BEILAGE)

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dafür? Danke. Gegenstimmen? Keine. Enthalt-

tungen? Auch keine. Einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEIT-  
THENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft eine Ersatzbeschaffung für die Philips-EDV-Anlage. Es ergeht der Antrag des StS an den GR:

7) GHJ1-92/93

Ersatzbeschaffung für die Philips-EDV-Anlage; An-  
kauf einer UNIX-EDV-An-  
lage aufgrund d. EDV-Kon-  
zeptes für den Magistrat  
der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschlie-  
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der  
MD, EDV, vom 19. 5. 1993 wird  
folgender Auftrag vergeben:

Fa. Digital Equipment Data  
Systems AG, Computerstr. 6,  
1101 Wien: 1 Stk. Application  
DEC 400XP, wie im Angebot vom  
15. 5. 1993 beschrieben, incl.  
aller nötigen Soft- und Hardware:  
S 2,156.044,--.

Zur Bedeckung der für die Hard-  
ware erforderlichen Mittel in  
Höhe von insgesamt S 757.156,--  
incl. USt wird für das Rech-  
nungsjahr 1993 eine Kredit-  
freigabe für einen Teilbetrag in  
der Höhe von

S 292.000,--

bei VSt 5/0160/043000.0 be-  
willigt.

Zur Bedeckung der für die  
Software erforderlichen Mittel in  
Höhe von insgesamt S  
1,398.888,-- incl. USt wird für  
das Rechnungsjahr 1993 eine

Kreditfreigabe für einen Teil-  
betrag in der Höhe von

S 539.600,--

bei VSt. 5/0160/728800.5 be-  
willigt.

Die Freigabe der restlichen Mittel  
bleibt einer gesonderten Be-  
schlußfassung der nach dem  
Statut für die Stadt Steyr  
zuständigen Organe vorbehalten.  
Gleichzeitig wird der Magistrat  
der Stadt Steyr ermächtigt, einen  
Soft- und Hardwarewartungs-  
vertrag zum Preis von S 27.606,--  
(incl. USt) monatlich mit der Fa.  
Digital abzuschließen.

(BEILAGE)

Ich bitte auch hier um Ihre  
Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-  
LIK:

Auch hier liegt keine Wort-  
meldung vor; wir kommen zur  
Abstimmung. Wer ist dafür?  
Danke. Gegenprobe? Enthalt-  
ungen? Keine. Einstimmig an-  
genommen. Punkt Nr. 8) bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Der letzte Antrag betrifft ein  
Ansuchen um Gewährung einer  
ao. Subvention an den SK  
Vorwärts. In diesem Zusam-  
menhang ergeht der Antrag des  
StS an den GR:

8) Ha-4202/92

SK Vorwärts Steyr; Ansu-  
chen um Gewährung einer  
außerordentl. Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Ref. f. Schule und Sport vom 14. Mai 1993 wird dem SK Vorwärts Steyr für die Errichtung einer Flutlichtanlage im Vorwärts-Stadion eine einmalige, ao., nicht rückzahlbare Subvention im Gesamtausmaß von S 2,800.000,— gewährt, wobei 1993 S 1,500.000,— und 1994 S 1,300.000,— zur Auszahlung gelangen.

Für die Subventionsrate 1993 wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 1,500.000,—

bei der VSt. 5/2624/777000.5 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Gibt es Wortmeldungen dazu? Hr. StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bürgermeister! Es wurde ja bereits sehr viel und über einen langen Zeitraum hinweg über die Errichtung der geplanten Flutlichtanlage im Bereiche des Stadions SK Vorwärts Steyr, die ja vom ÖFB vorgeschrieben wurde, diskutiert. Auch ich habe bereits einige Male meine Beiträge dazu geleistet.

Ich möchte aber trotzdem heute nochmals vor Beschlußfassung zu

diesem finanziellen Beitrag, der eine Größenordnung von insges. 2,8 Mill. S ausmacht, begründen, warum ich und - wie ich annehme - der Großteil meiner Fraktion diesem Antrag die Zustimmung geben wird.

Bereits bei der Budget-Debatte am 17. 12. d. vergangenen Jahres habe ich in Vertretung von Dr. Pfeil die Budgetrede gehalten und auch den Bereich Sport und Sportförderung angesprochen. Damals habe ich zum Ausdruck gebracht, daß Sporteinrichtungen, der Sport und vor allen Dingen die finanziellen Rückflüsse, die ja dadurch einer Stadt zweifelsohne auch zugute kommen, sehr schwer meßbar sind, aber wir trotzdem, als Vertretung dieses GR, eine Verpflichtung haben, in dieser Richtung pol. tätig zu werden.

Mir geht es also keineswegs darum, hier vor diesem Gremium ein Loblied für den SK Vorwärts zu singen - dafür verstehe ich von Fußball zu wenig. Aber ich glaube, daß wir trotzdem auf die Leistungen dieses Vereines, die bisher erbracht wurden, stolz sein können. Ich sehe das auch in Richtung verschiedener Aussprüche, die ich schon gehört habe und die in etwa so lauten, ob es denn gerechtfertigt sei, daß man in einer wirtschaftl. Situation, wie man sie heute hier in dieser Region Steyr vorfindet (wo der eine und der andere Betrieb zusperrt, wo Arbeitsplätze wackeln und wo sich eben die wirtschaftl. und die

arbeitsplatzmäßige Situation in den letzten Monaten sehr rapide verschlechtert haben), derart hohe Förderungen an Vereine auszubahlen.

Ich glaube, daß man das von zwei Seiten betrachten muß. Natürlich haben die Kommune bzw. die hier im GR vertretenen Mandatare und auch die Verantwortlichen überregional die Verpflichtung, die wirtschaftl. Situation unserer Region zu verbessern; also dafür Sorge zu tragen, daß sich Betriebe wieder in vermehrtem Ausmaß hier in Steyr ansiedeln und daß vor allen Dingen die Arbeitsplätze erhalten bzw. neu geschaffen werden können.

Gerade wenn man das auch aus diesem Lichte betrachtet, scheint es gerechtfertigt zu sein, daß man diesem Antrag die Zustimmung gibt; weil es auch eine Art von Wirtschaftsförderung ist, weil Unternehmer zum Zuge kommen bzw. ein Steyrer Unternehmer, der hier in Steyr ansässig ist.

Im Lichte dieser Betrachtungen werden wir, wie ich vorhin bereits angekündigt habe (mehrheitlich in unserer Fraktion - nehme ich an), die Zustimmung zu diesem Antrag geben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Nächster ist Hr. GR Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Sehr verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Mein

Vorredner hat gesagt, er nimmt an, auch ich werde dieser Sache zustimmen - aber mit einem gewissen Bauchweh! Und zwar möchte ich Ihnen meine Bedenken sagen und auch anführen, warum ich doch zustimme.

Ich habe in der Zeitschrift NEWS vor einiger Zeit einen Artikel über die Schulden der Fußballclubs gelesen. Hier scheint Vorwärts Steyr mit 10 Mill. S als dritter Club auf. Nur zur Information: 1. Rapid (40 Mill. S); 2. Casino Salzburg (38 Mill. S). Als Sponsoren werden angeführt: Wolff - Klimatechnik und RAIKA. Die Zuschauer werden treu und verlässlich bezeichnet (3.000 bis 4.000 pro Heimspiel). Ich weiß, daß der Eintritt ungefähr 100 S kostet - bei einem guten Spiel haben sie 300.000 S in der Kassa. Man sollte sich hier schon fragen, was mit diesen 300.000 S/Spiel, die sie einnehmen, dann wirklich geschieht. Die Spieler werden als inkonstant beschrieben bei ihren Leistungen; sie beziehen aber Direktoren-Gehälter! Das nur zur Information.

Die Flutlichtanlage selbst - wir wissen es - braucht man, um die Spiele an einem Mittwoch durchführen zu können. Samstag nachmittag ist es sicher nicht notwendig. Der ÖFB macht Spielpläne, die es den Vereinen nicht mehr ermöglichen, dann zu spielen, wann sie wollen. Sie müssen sich schon an den Spielplan halten - das zwingt uns

dann praktisch, daß wir ein bißchen nachgeben.

Im Amtsbericht steht, daß der Verein keine Eigenmittel aufwenden kann. Ich habe schon die Einnahmen erwähnt, die bei einem Spiel auftreten. Es wird berichtet, daß der Nachwuchsbetrieb dem Verein sehr viel abverlangt. Hier denke ich an frühere Zeiten. Ich kann mich noch erinnern, wo Leute wie Käfer, Jetzinger oder Just gespielt haben und Steyrer Spieler in der Mannschaft waren. Jetzt gibt es eigentl. nur mehr Kurt Hochedlinger, der - so glaube ich - auch einer der ältesten Spieler ist.

Ich weiß, wie problematisch sich der Fußball in den letzten Jahren entwickelt hat. Er ist zum Geschäft geworden; es hat nicht mehr sehr viel mit Sport zu tun. Ich würde mir wünschen, daß in Zukunft der Verein wieder wirtschaftlich besser geführt wird, daß er auch selber Eigenmittel aufwenden kann und nicht alle zur Kasse bitten muß.

Ich denke jedoch - jetzt meine pos. Argumente dazu -, daß man diesen Platz nicht nur verwenden kann, um Fußballspiele abzuhalten, sondern wir haben im letzten Jahr schon erlebt, daß es auch ein Pop-Konzert auf diesem Platz gegeben hat. Ich könnte mir vorstellen, daß man diesen Platz häufiger für solche Sachen verwenden kann. Man kann ihn auch für mehr kulturelle Veranstaltungen als bisher verwenden!

Das wären meine pos. Argumente, und ich denke, es muß nicht gerade so bleiben, wie es jetzt beim Fußball ist. Es kann sich vielleicht auch verbessern! Die Investition ist, glaube ich, nicht voll in den Rauchfang geschrieben, wobei mich die Summe schon irrsinnig erschreckt! Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Frau Gemeinderätin Scheucher bitte.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Sehr geehrte Damen und Herren! Obwohl ich natürlich über die Nöte der Vorwärts Bescheid weiß und mir auch alle Sachzwänge bestens bekannt sind, warum man diese Flutlichtanlage installieren sollte, habe ich mich trotzdem entschlossen, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Und zwar so lange nicht, bis nicht auch Dringlichkeiten im sozialen Bereich und im kulturellen Bereich annähernd genauso schnell, genauso einfach und in derselben Höhe hier herinnen anerkannt werden. Hier gibt es bei 200.000, 300.000 oder 400.000 S immer eine riesen Diskussion - "... sollen wir? ... brauchen die? ...müssen wir das wirklich?

Wenn es um sportliche Belange geht, spielt anscheinend die Summe von 2,8 Millionen keine Rolle mehr. Ich würde mir wirklich wünschen, daß man hier

bei sozialen Vereinen, die annähernd dieselbe Arbeit leisten oder vielleicht - nein, ich will das jetzt gar nicht werten und gewichten. Sie leisten auf einem anderen Sektor eine ebenso gute Arbeit, wie sie sicher die Vorwärts im Sport und in der Jugendbetreuung leistet. Aber man sollte hier annähernd genauso großzügig sein.

Sobald das einmal passiert, bin ich gerne bereit, auch einmal solchen sportl. Anträgen zuzustimmen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Nächster am Wort ist Hr. StR Holub.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie einladen, den vorliegenden Antrag unter folgenden Gesichtspunkten zu betrachten. Zum ersten sollte es nicht unbedingt die ausschließliche Informationsquelle des GR der Stadt Steyr sein, was eine in ihrer Qualität nicht ganz unumstrittene Zeitschrift von sich gibt; weil man die Qualität des Gedruckten mit der Qualität der Recherche nicht in Einklang bringen kann! Das ist nicht nur meine Meinung, sondern die vieler Leser bzw. vieler Menschen, die von dieser Zeitung angesprochen werden sollten - es vielleicht Gott sei Dank nicht werden!

Die Feststellung der Verschuldung kann und soll nicht

Gegenstand einer Diskussion im GR sein. Ich glaube nur - nach den Informationen, die zugänglich sind -, daß diese Verschuldungszahl unkorrekt ist. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Aber man sollte wirklich "die Kirche im Dorf lassen" und dabei bedenken, daß das Stadion zwar auf einem städt. Grund errichtet ist, aber eine Vereinsanlage darstellt, wie viele andere Sportanlagen in Steyr auch. D. h., daß der SK Vorwärts Steyr - wenngleich mit hoher Unterstützung der öffentl. "Hände" - hier eine eigene Sportanlage aufgezogen hat, wo in allen anderen vergleichbaren Mannschaften (sogar bis hinunter zur 2. Division) jeweils Gemeindepportanlagen zur Verfügung stehen, und die Gemeinde selbstverständlich bis zur 2. Division hinunter aus eigener Finanzkraft die Flutlichtausstattung zur Verfügung stellen mußte.

Man geht hier in Steyr den Weg einer Vereins-Sportanlage für den SK Vorwärts Steyr, und ich glaube, daß es gut und richtig ist, die Ausstattung dieser Vereins-sport-Anlage auch mit öffentl. Geldern zu unterstützen. Das beweist ja auch die Zuwendung der Gelder, die seitens des Landessportreferates erfolgt.

Zur Kollegin Scheucher möchte ich sagen, daß es schon richtig ist, daß es im sozialen und genauso im kulturellen Bereich Dringlichkeiten gibt, für deren Abdeckung die hier gewährten

Mittel tadellos zu verwenden wären - und sicherlich auch richtig wären. Ich glaube nur, daß es nicht richtig und nicht sachlich ist, hier eine "Schwarz-Weiß-Aufrechenarbeit" zu machen. Wir könnten sonst nämlich in jedem Bereich in unserer Stadt sofort zu diskutieren beginnen und sagen, auf der einen Seite ist vielleicht die Ausstattung für die Schloßgalerie bzw. für die Bibliothek im Schloß wünschenswert vom kulturellen Segment her, aber auf der anderen Seite bräuchten wir die Gelder, die dort verwendet wurden, überaus dringend zur besseren Ausstattung im Altenheim; wir könnten dann noch zügiger vorgehen als bisher. Man könnte sagen, die Verbesserungen im Stadtbad sind nicht notwendig oder sollten warten, weil wir andere Bedürfnisse zu befriedigen haben.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir sollten hier nicht die Segmente miteinander ständig vergleichen. Natürlich drängt es sich auf und natürlich ist es auch ungeheuer publikumswirksam, zu sagen, ich wäre schon dafür, wenn die sozialen Bedürfnisse erledigt werden würden. Aber das eine mit dem anderen zu vermengen, das hieße an sich auch, die Budget-Strukturen der öffentl. Hände durchaus nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Man muß ganz einfach das vorhandene Geld für versch. Vorhaben aufteilen. Und nachdem ein gew. Teil der Be-

völkerung - gar kein so kleiner - tatsächlich auch die Ausstattung von Sportanlagen als ein Anliegen sieht, ist es gut und richtig, wenn der GR der Stadt Steyr den hier vorliegenden Antrag positiv erledigen wird.

Ich glaube, daß wir schon "Schulter an Schulter marschieren" sollten, wenn die sozialen Dringlichkeiten diskutiert werden. Aber, daß wir genauso Schulter an Schulter marschieren sollten, wenn es um die Ausstattung der Sportplätze geht und um die Möglichkeiten, den Sport als Aktivität für die jungen Menschen zu sehen. Ich glaube, es ist immerhin besser, sportl. Idole aufzubauen, als irgendwelche Leitbilder aus der Vergangenheit zu konstruieren, wie das leider Gottes in der heutigen Zeit auch geschieht. Es wird nicht möglich sein, alle diese Gespenster versch. Farbschattierungen von der Gegenwart durch Sportplatzbesuche abzuwehren. Aber jeder Versuch sollte eigentl. dazu durchaus auch als ernsthaft angenommen werden.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Jetzt hat sich Hr. Dr. Tilman Schwager zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Es hat bestimmt mit Freud nichts zu

tun, wenn Hr. StR Holub den Vergleich gebracht hat, daß er die Kirche im Dorf lassen will. Die Kirche und der Sportplatz vom Verein Vorwärts haben, glaube ich, auch institutionell sehr wenig miteinander zu tun.

Ich habe gew. Schwierigkeiten, diesem Antrag zuzustimmen. Hier wird immer ins Gespräch gebracht, man fördert damit einen Breitensport, einen Massensport - so sehe ich das nicht! Denn die Leute, die dort herumsitzen, herumstehen, brüllen und schreien, nennen sich Sportler. Das habe ich schon gehört; die bezeichnen sich wirklich so. Aber das sind sie ja nicht. Es ist nur vergleichbar mit dem alten Ruf aus dem noch älteren Rom: "Panem et circenses!" Wenn die Zeiten schlecht waren, dann wollten die Leute "circenses" - ihre Spiele, aber vor allem auch "panem". Hier gebe ich Fr. GR Scheucher recht, daß wir schon bei der Wertung dessen, was wir von der Stadt uns leisten wollen und können, sehr vorsichtig sein sollen. Übersehen wir nicht, daß die Deckung dieser Mittel wieder durch Kreditüberschreitung und durch Darlehensaufnahme zu erfolgen hätte. Übersehen wir nicht, daß wir wirklich bei gew. sozialen Aufgaben, die auf uns zukommen, Schwierigkeiten haben; daß wir bei kulturellen Aufgaben - da wiederhole ich etwas, das schon gesagt wurde - immer wieder um viel kleinere Beträge härter kämpfen müssen.

Eine Ideologisierung aus dem Sport dort oben abzuleiten oder eine Ableitung eines Blitzes einer Ideologisierung, glaube ich, ist auch nicht richtig. Wir können uns an Zeiten erinnern, daß eben in jener leicht apostrophierten Zeit der Sport eher überbewertet wurde. Überbewertung des Sportes ist etwas, das einer Kulturstadt nicht zukommt. Hin und wieder wird erwähnt, der "Sport" würde eine Umwegrentabilität bringen - das stelle ich höchst in Zweifel. Die Umwegrentabilität wirkt sich manchmal eher neg. aus, wenn die Leute - nicht weil sie in Steyr sind - mit weiß-grünen und grün-weiß gestreiften Schals durch die Gegend toben. Sie wirkt sich auch so aus, daß die Leute nach einem derartigen Spiel oft mit Aggressionen aufgeladen mit den Autos wegbrausen. Das muß man erlebt haben, wenn man in der Nähe wohnt. Ich halte auch das für ein Phänomen, das immerhin beachtenswert ist!

In Zeiten wie diesen, meine Damen und Herren, fällt es mir wirklich schwer, einem derartigen Antrag zuzustimmen. Deshalb werde ich mich der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Hr. StR Zagler ist der nächste.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

An und für sich, geschätzte Damen und Herren, wollte ich anknüpfen. Es haben schon so viele pos. Stimmen hier herinnen zu diesem Projekt stattgefunden, daß es gar nicht notwendig wäre, ans Rednerpult zu gehen. Aber als Vorstandsmitglied vom SK Vorwärts Steyr ist es ja schon protokollarisch notwendig, das zu beleuchten.

Daß aus der "G'stettn" Vorwärtsplatz ein "Schmuckkasterl" an Sportanlage entstanden ist, davon konnten sich viele Damen und Herren vor etwa 1 3/4 Jahren aufgrund der Einladung des SK Vorwärts Steyr zur Besichtigung der neu errichteten Garderobenanlagen und des neuen Clubgebäudes überzeugen. Dort ist also etwas entstanden - um die Zeitungsvergleiche von Dir, lieber Günter Fürweger, heranzuziehen und zu relativieren - mit einem Management, das manchmal auch in den Medien eher als letzte Garnitur dargestellt wird. Auch mir wäre auf dem Vorwärts-Platz nach einem Spiel schon manchmal lieber gewesen, es hätte nicht so viel Licht gegeben, sondern es wäre eine Verdunkelungsanlage vorhanden gewesen. Aber in der Großzahl der Spiele ist es so, daß diese Mannschaft Licht verdient. Auch Licht, das künstlich durch eine Flutlichtanlage geschaffen wird.

Wenn wir eine soziologische Studie der Sportler und auch der Sportplatzbesucher heranziehen - hier ist es natürlich auch so, daß

man das, je nach Basis, von der man hinschaut, anders bewerten wird. Aber daß der Freizeitwert dieser Sportveranstaltungen ein hoher ist, ist unzweifelhaft vorhanden. Daß sich die Jugend hier Animation an sportl. Betätigung holt und in vielen anderen, kleinen Vereinen und auch privat auf der Wiese zu Hause diesem Sport nachgeht, ist ebenfalls aktenkundig. Daß für manche der Sportplatz ein Aggressionsventil ist (im pos. Sinn), soll auch nicht verschwiegen werden.

Daß wir mit dem Flutlicht dem Hooliganismus irgendwie Tür und Tor öffnen - ich glaube, das hat damit nichts zu tun, ob das Spiel am Tag, in den Abendstunden, wo es noch hell ist, oder erst später stattfindet. Diese Auswirkungen, die Du, Tilman, angeführt hast, treffen auf jeden Fall leider zu. Gott sei Dank, muß man wiederum sagen (ich will das nicht verschreien), wenigst auf dem Platz und rundum die Spiele des SK Vorwärts Steyr. D. h., die Anhänger unseres Clubs sind eine besonnene Truppe, und die Besucher (im Regelfall die wenigen bekannten Hooligan-Gruppen) sind Gott sei Dank von der Exekutive so abgeschirmt, daß auch hier bislang kaum Vorfälle zu registrieren waren.

Wie hätte es anders sein können? So wie in anderen Städten? So wie in Linz, wo eine Stadt ein riesiges Stadion ausbaut, es bei "Null-Miete" zur Verfügung stellt und die Werbeeinnahmen den

Vereinen überläßt; wo also viel höhere Kosten für die Stadt verursacht werden, als es in Steyr der Fall ist.

Oder das Beispiel Ried, wo eine Mannschaft, die erstmals in der zweiten Division der Bundesliga spielt, ein neues Stadion um satte 13 Mill. S (aus dem Stadthaushalt der Stadt Ried!) bekommt. Ich glaube, wir sind auch hier als Gemeinde Sparmeister!

Ich weiß schon, und das bestätige ich auch: In einer Situation, wo einerseits die Einnahmen für die Stadt zurückgehen, andererseits die Ausgaben steigen, sind solche Investitionen bes. zu überlegen. Aber ich glaube, der Zeitpunkt sollte jetzt getroffen werden, damit die sportl. Entwicklung von Steyr und damit der Werbeträger Vorwärts Steyr nach draußen aufrecht erhalten werden kann.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Hr. GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, geschätzte Damen und Herren des GR! Ich darf vorausschicken, daß ich diesem Antrag zustimmen werde - aber nicht mit Euphorie, sondern mit einem sehr flauen Gefühl im Magen. Zuerst wurde ja erwähnt, daß diese Diskussion schon sehr lange geführt wird. Was mich jetzt wundert bzw. stört: aus diesem Amtsbericht geht hervor, daß im Budget keine Mittel dafür vorgesehen sind,

sondern eine Kreditüberschreitung beantragt wird. D. h., wir müssen für diese beachtlichen Beträge Schulden aufnehmen, was vor dem Hintergrund der wirtschafts- und arbeitsmarktpol. Situation in Steyr doch ein etwas schwieriges und schwer zu verstehendes Argument ist.

Desweiteren - ich spreche jetzt als aktives Mitglied eines kleinen Sportvereins, und hier darf ich vielleicht auch meine eigene Fraktion etwas erinnern - haben wir jahrzehntelang als Freiheitliche Partei die starke, einseitige Sportförderung in Steyr kritisiert. Der Verein, dem ich angehöre, hat seit 10 oder 15 Jahren eine gleichbleibende jährl. Subvention von 8.000 S. Heuer ist es gerade noch gegangen, daß wir für einen Rasenmäher seitens der Gemeinde doch einen Zuschuß bekommen haben.

Auch vor diesem Hintergrund gefällt mir diese großzügige Subventionspolitik nicht. Nachdem aber ein Finanzierungsplan vorliegt, der letzten Endes auch wieder nur aus Steuermitteln gefüllt wird (Bund, Land, Gemeinde usw.), bleibt uns wahrscheinlich nichts anderes übrig!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Hr. GR Gollatsch hat sich als nächster zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Ich kann zwei Sachen nicht im Raum stehen lassen. Ich wollte auch schon sitzen bleiben, weil Helmut Zagler gesagt hat, daß eine pos. Stimmung vorhanden war. Ich habe aber zwei Sachen, die mir nicht gefallen. Erstens, lieber Freund Schwager, die Sportplatzbesucher auf den Fußballplätzen zu vergleichen. Ich meine jetzt nicht Vorwärts alleine. "Das sind keine Sportler" - ist ein bißchen weit hergeholt! Ich glaube, hier wurde ein wenig über das Ziel geschossen, denn manche machen Sport, manche machen keinen Sport, manche betreiben aktiv Sport und manche passiv. Ich vergleiche das mit der Kultur. Vorige Woche war ich in Wien und habe kurz bei einer Kulturveranstaltung vorbeigeschaut. Es muß nicht jeder Instrumente spielen können, um Musik zu hören. Wenn man Fußballspiele ansehen möchte, dann sollte man die Leute dort hingehen lassen und nicht sagen: "Das sind Leute, die mit Sport nichts zu tun haben!" Zweitens - Fr. GR Scheucher. Ich glaube, die Zeit ist vorbei, wo man gesagt hat: "Wenn Ihr das bekommt, dann bekommt Ihr das!" Ich möchte Ihnen eine Frage stellen (Sie haben das ja gesagt): Könnten Sie diesem Antrag zustimmen, wenn die Kultur auch so viel Geld hätte?

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Und Soziales!

GEMEINDERAT RICHARD GOL-LATSCH:

Ja, Sie haben schon recht! Aber nur "weil nicht", oder haben Sie für Sport auch etwas über? Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Keine weiteren Wortmeldungen liegen vor; ich bitte den Bgm. um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-THENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR! Das "FÜR UND WIDER" wurde meines Erachtens schon von meinen Vorrednern ausgeführt. Einige Bemerkungen möchte ich mir aber doch noch erlauben, damit wir hier keine einseitige Betrachtungsweise haben.

"2,8 Mill. S spielen keine Rolle" - hat Fr. Kollegin Scheucher gesagt. So ist es nicht! Wir haben das ja nicht mit Vorsatz heute auf der Tagesordnung. Hätten wir das mit Vorsatz getan, würde es im Budget stehen. Weil dies nicht der Fall ist, wurde bemerkt, daß wir das eigentlich nicht wollten. Aber die Sachzwänge, von denen Sie auch gesprochen haben, zwingen uns, das zu realisieren. Wenn das Land OÖ. in zwei Referaten, der Fußballverband selbst, der Dachverband und alle in einem hohen Maße beitragen, dann wird das eben wirklich langsam zu einem Stadion. Die übergeordneten Gebietskörper-

schaften und die Dachverbände haben viel mehr dazu beigetragen als in anderen Gemeinden, wo die Gemeinde die Anlagen errichtet und betreibt. Das sollten wir sehen!

Ich möchte noch ein paar Zahlen nennen, weil Sie immer Vergleiche bringen. Ich bin ja dafür, das können wir ruhig tun. Aber wenn wir aufrechnen, sollten wir das umfassend machen! Wenn wir sagen Soziales, dann nehmen wir nicht nur einen Verein her. Das sollten wir nicht tun. - Wir haben in der Stadt Steyr 62 Sportvereine. Diese bekommen für den laufenden Betrieb zusammen rd. 700.000 Schilling; und dazu noch 750.000 Schilling für die Refundierung der Lustbarkeitsabgabe, die sie ja selbst einnehmen in Wirklichkeit. Das muß man vergleichsweise einmal sehen! 62 Vereine, bei denen überall ehrenamtliche Funktionäre tätig sind. Niemand bekommt einen Schilling.

Es gibt keinen Erstdivisionär, bei dem ehrenamtlich gemanagt wird. Das muß man bei dieser Gelegenheit wirklich einmal sagen! Diesen Leuten gebührt Dank, denn die Vorwärts ist ein ausgezeichnete Werbeträger für die Stadt Steyr. Das muß bemerkt werden, wenn man über Tourismus redet und im Land bekannt sein will. Wir sind eben noch nie so oft im Fernsehen gewesen. Über welchen Ast das funktioniert, ist eine andere Sache. Aber fest steht, daß es einfach so ist.

Nun noch eine Zahl: Der SK Vorwärts Steyr bekommt für den laufenden Betrieb im ganzen Jahr 70.000 Schilling! 70.000 Schilling bitte sehr! Die Sportreferenten in anderen Städten lachen, wenn ich ihnen von diesem Betrag erzähle, der aber stimmt. Niemand glaubt uns, daß wir so wenig für den laufenden Betrieb zahlen. Das muß in diesem Zusammenhang auf jeden Fall gesagt werden. Wenn wir hier nämlich den Sportstätten-Ausbau fördern, dann muß man sehen, was die Vereine für den laufenden Betrieb erhalten. Die brauchen das, denn aus unseren laufenden Subventionen können sie fast nichts finanzieren.

Das wollte ich bei dieser Gelegenheit gesagt haben. Noch etwas, weil "die Kirche im Dorf" gefallen ist: Anlässlich der "550-Jahr-Feier der Stadtpfarrkirche" haben wir für die Außenplatz-Gestaltung 3,5 Mill. S aufgewendet, Hr. Dr. Tilman Schwager! Aber das ist nur eine Kirche - wir haben jedoch mehrere Kirchen! Wenn wir das in den letzten 5 Jahren zusammenzählen, kommen wir auf 20 Millionen. Nur zum Vergleich!

Ein anderes Beispiel würde ich gerne noch anführen - und zwar im Bereich Soziales: Sehen Sie sich den Abgang bei Kindergärten an; sehen Sie sich an, was wir uns - natürl. gerne - leisten wollen und müssen bei unserem Alten- und Pflegeheim. Sehen Sie sich an, wie hart wir gerungen haben und welcher Betrag

aufgewendet werden muß, um das Haus auf einen guten, zeitgemäßen Stand zu bringen.

All das sollten wir berücksichtigen. Wir sollten auch wirklich versuchen, die Dinge ausgewogen zu betrachten. In diesem Sinne bitte ich den GR, positiv zu entscheiden!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Sie haben den Antrag gehört; wer ist dagegen? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? 2 Stimmenthaltungen (1 FP, 1 GAL). Wer ist dafür? Der Rest. Punkt Nr. 8) ist damit beendet, ich gebe den Vorsitz zurück an den Bgm. und bitte ihn, 10 Minuten Rauchpause einzulegen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und unterbreche die Sitzung für 10 Minuten.

PAUSE VON 15.44 BIS 16.02 UHR

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER VERLÄSST UM 15.45 UHR DIE SITZUNG.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Nächster Berichterstatter ist Hr. Vbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile ihm das Wort.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Hr. Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren des GR! In meinem Antrag an den GR geht es heute um die Vergabe der Überwachung der gebührenpflichtigen Parkplätze in Steyr. Ich darf nur die wichtigsten Passagen dieses Vertragswerkes zur Kenntnis bringen und bitte Sie, mich zu entbinden, den ganzen Vertrag oder den Amtsbericht vorlesen zu müssen.

Im wesentl. geht es darum, daß eine beschränkte Ausschreibung an 8 Interessenten stattgefunden hat, wobei 6 angeboten haben. 1 Anbieter ist zu spät gekommen und konnte deshalb nicht berücksichtigt werden. Bei einem anderen Anbieter, der der Billigstbieter war, gab es ein Problem, weil er nicht ausschreibungsgemäß angeboten hat. D. h., er konnte die durchgehende Überwachungsdauer und die durchgehende Besetzung der Bürger-Anlaufstelle nicht garantieren. Deshalb konnte das nicht mit den anderen Anbietern verglichen werden.

Im wesentl. sieht es so aus, daß die zum Zuge kommende Firma aufgrund dieses Vertrages ein Überwachungsintervall von 60 bis 80 Minuten garantieren kann und soll. Lt. GR-Beschluß sind 4 Überwachungsgebiete vorgesehen. Wie Sie wissen, handelt es sich hierbei um den Bereich Stadtplatz - Ennskai, das Gebiet Promenade - Werndl-Denkmal - Brucknerplatz und Teile der

Stadtteile Steyrdorf bzw. Ennsdorf.

Der Auftrag soll zuerst einmal für 2 Jahre abgeschlossen werden. Dieses Unternehmen wird auch beauftragt, während der gesamten Laufzeit des Auftrages eine dementspr. Ausrüstung bei sich zu haben. D. s. Handfunkgeräte für die Straßenaufsichtsorgane, mobile Datenerfassungsgeräte, Funkwagen und ein EDV-System sind bereitzustellen. Es ergeht der Antrag des StS:

9) VerkR-5629/92

Parkraumbewirtschaftung;  
Auftragsvergabe zur Überwachung d. Kurzparkzonen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD, Rechtsreferat, vom 20. April 1993 wird die Österreichische Wachdienst KG, 4600 Wels, Eisenhowerstraße 20, mit der Überwachung der Parkraumbewirtschaftung im Stadtgebiet zu den im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen beauftragt. Als Entgelt wird zw. den Vertragsparteien ein Betrag von S 3.569.196,-- jährl. zuzüglich USt und die Kosten der Kontaktstelle von S 168.000,-- zuzüglich USt, ebenfalls jährlich, vereinbart.

Gleichzeitig wird dem Abschluß eines entspr. Werkvertrages mit dem Österr. Wachdienst zugestimmt.

Der Magistrat der Stadt Steyr wird infolge Dringlichkeit gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 zum sofortigen

Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

(BEILAGE)

Der StS hat sich auch an die Empfehlungen des Ausschusses für die Errichtung der gebührenpflichtigen Parkzonen in Steyr gehalten. Sie haben sich diese Firmen genau angeschaut. Es ist nicht nur der Billigstbieter, sondern auch der Bestbieter zum Zug gekommen. Nämlich der Bestbieter, der auch am besten versichern konnte, daß die Anforderungen, die wir an diese Firma stellen, auch erfüllt werden.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß der StS diesen Beschluß bereits mit Dringlichkeit beschlossen hat. D. h., es ist hier nur noch eine nachträgl. Beschlußfassung des GR notwendig. Hr. Bgm., ich bitte Sie, die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke vielmals - ich darf fragen, wer das Wort wünscht? Hr. StR Schloßgangl - ich erteile es ihm.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Ich möchte vorausschicken, daß wir diesem Antrag natürl. zustimmen werden, da wir, die ÖVP-Fraktion, schon seit Jahren eine Parkraumbew. gefordert haben und nun froh sind, daß sie

endlich mit 1. 9. Wirklichkeit werden wird.

Ich habe aber hier ein Schreiben vor mir liegen, das Hr. Bgm., dem Finanzreferenten und Hr. Vbgm. bzw. Verkehrsreferenten zugegangen ist; und zwar seitens der Wirtschaft "Treffpunkt Altstadt". Ich möchte dieses Ansinnen und die Wünsche auch öffentl. im GR vorbringen:

Die Handelsbetriebe im Einzugsgebiet der ab 1. 9. 1993 neu geschaffenen Gebührenparkplätze sind besorgt, daß durch die Gebührenbelastung ein Rückgang der Kunden erfolgen wird. Ausgehend davon, daß ein Großteil der Kunden weiterhin mit Privatfahrzeugen zu ihren Einkaufsgeschäften fahren wird, ist eine Abwanderung von Kunden zu Einkaufsmöglichkeiten ohne Parkgebührenbelastung zu erwarten.

Um diesen Abwanderungs-Trend, der auch zu Einkaufsfahrten außerhalb unserer Stadtgemeinde führen kann, zu verhindern, ist vorgesehen und gewünscht, den Kunden die Rückvergütung bezahlter Parkplatzgebühren durch die Kaufmannschaft "Altstadt Aktiv" anzubieten. Über eine solche Aktion des Handels gibt es pos. Erfahrungen aus den Städten Linz und Wels. Dort wird diese Leistung der Handelsbetriebe durch einen Preisabschlag der Gemeinde auf die von den Betrieben anzukaufenden "Rückvergütungs-Werte" gefördert.

Im Auftrag der Kaufmannschaft stellen wir den Antrag, daß für

alle von den Betrieben im Bereich der Stadt Steyr anzukaufenden Rückvergütungs-Werte, die zur Weitergabe an Geschäftskunden als Ersatz für ausgelegte Parkplatzgebühren verwendet werden, vom Magistrat ein Preisabschlag in Höhe von 30 % gewährt wird.

Der Kostenersatz der Kaufmannschaft für den Nominalwert einer halben Stunde Parkplatzbenützung vom Nominale 5 Schilling wäre dann mit 3,50 Schilling in Rechnung zu stellen. Beispielsweise ist in den Städten Linz und Wels ein Abschlag in dieser Höhe in Anwendung.

Ich bitte daher die maßgeblich verantwortlichen Referenten, diesen Antrag zu prüfen, ob es auch den Tatsachen entspricht. Ich zweifle nicht daran, daß es in Linz und Wels so ist. Und ich bitte, dann auch für die Steyrer Kaufmannschaft eine gleiche Regelung zu treffen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Ich darf sagen, daß dieses Schreiben erst gestern bei mir eingelangt ist, und daß ich es an die zuständigen Abteilungen zur Beratung weitergeleitet habe. Jetzt hat sich Hr. StR Holub zu Wort gemeldet.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, mangels Verteiler auf diesem Brief kann ich Ihnen nicht mitteilen, wer sonst noch in Besitz des Schreibens des Tourismus-

verbandes ist. Ich fühle mich aber als Tourismusreferent der Stadt dennoch verpflichtet, Ihnen den Inhalt dieses Schreibens vorzutragen; was nicht bedeutet, daß ich in jeder Millimeterzeile ein und derselben Meinung bin. Im wesentl. aber doch.

Der Obmann des Tourismusverbandes schreibt mir mit Datum vom 28. Mai; hinsichtlich einer Veranstaltung, die der Tourismusverband am 27. Mai - übrigens im Beisein des Hr. Vbgm. Dr. Pfeil - durchgeführt hat. Sie werden ja vermutlich ohnehin schon informiert sein bzw. auch als Schriftenempfänger wissen, was jetzt kommen wird.

"Ein Großteil der Geschäfte in der Innenstadt in Steyr öffnen ihre Türen am Morgen erst frühestens um 8.30 Uhr, ein Großteil sogar erst um 9 Uhr", meint der Tourismusverbands-Obmann. Er meint, daß es zweckmäßiger wäre, die Parkraumbewirtschaftung erst später als ursprünglich geplant vorzunehmen. Er schlägt vor, daß die Gäste erst ab 9 Uhr vormittags die Parkgebühr zahlen müßten. Hier unterscheiden sich unsere Meinungen ein wenig. Ich meine, 8.30 Uhr wäre richtig. Aber ich habe hier nicht zu kommentieren, sondern den Brief des Tourismusverbandes vorzutragen.

Ein Großteil der Geschäfte ist auch in der Mittagspause zugesperrt, meint er. Und in der Innenstadt wäre es daher möglich, so der Tourismusverband,

zwischen 12 und 14 Uhr die Parkzeit aufzuheben. Er sieht darin auch den Vorteil, daß der Kontrollaufwand in dieser Zeit zum Ruhen käme und damit eine gew. Geldersparnis für die Kontrolltätigkeiten verbunden sein könnte.

Ich glaube - das ist jetzt mein persönl. Kommentar dazu -, daß zwar die Mittagszeit frei sein könnte - ohne weiteres im Interesse der Besucher unserer Stadt -, daß es aber nicht unbedingt 2 Stunden sein müssen. 1 1/2 Stunden würden auch genügen!

Für die Hotelgäste, die in Steyr-Stadt übernachten, meint der Obmann des Tourismusverbandes, daß auch die Beginnzeit der Parkgebühr morgens zu bald angesetzt ist. Deshalb schlägt er in diesem Schreiben vor, in der Früh um 9 Uhr zu beginnen, damit die Gäste auch die Möglichkeit haben, in Ruhe aus dem Hotel auschecken und wegfahren zu können. Das Wegfahren dürfte ihnen ohnehin nicht allzu leicht fallen, wenn sie nicht über Nacht einen Stellplatz vor dem Hotel bekommen. Einen eigenen Stehplatz für die Ladetätigkeit vor dem Hotel gibt es ja nicht. Wahrscheinlich auch in Zukunft nicht, was sehr bedauerlich ist, weil damit doch das eine oder andere an Verbesserung geschafft werden könnte.

Die restl. Anregungen, die der Tourismusobmann hier bringt, lehnen sich auch an die

Erfahrungen der Stadt Wels an. OAR Hödl, der Geschäftsführer des Tourismusverbandes Wels, hat in der Veranstaltung am 27. Mai 1993 den Steyrern Informationen über die dortigen Erfahrungen gegeben. In Wels kommt es also dazu, daß die Morgenzeit verschoben wird; und daß es zu einer Mittagspause tadellos kommen kann, scheint auch in Wels der Fall zu sein. Auch in Krems gibt es zeitl. Aussetzer für die Parkzeit.

Ich möchte nur die Anliegen des Tourismusverbandes vertiefen. Er möchte - so schreibt der Obmann - vor allen Dingen die Stadt für den Besucher attraktiv machen; das ist seine Aufgabe. Die Attraktivität sollte nicht darunter leiden, daß der ortsunkundige Besucher in der Mittagszeit im Zentrum keinen Stellplatz mehr findet, um die Schönheit der Stadt und auch die kulinarischen Köstlichkeiten zu genießen.

Man muß sich über die Bedeutsamkeit schon im klaren sein. Hr. Mader spricht nicht nur pro domo, sondern natürl. auch für das neue Haus, das im Sept. seine Pforten am Stadtplatz öffnen wird. Dann werden nicht gut 100 Betten, sondern mehr als 200 Betten in einer ansprechenden Qualität am Stadtplatz direkt zur Verfügung stehen. Ich glaube, man sollte dem Besucher der Stadt auch ein entspr. Angebot hinsichtlich der Parkraumbewirtschaftung machen.

Ich bin durchaus der Meinung, daß die 1/2 Stunde Parkzeit am Stadtplatz - in Anbetracht der knappen Raumreserve - richtig ist; ich befinde mich hier nicht einer Meinung mit dem Tourismus-Obmann. Ich bin also durchaus der Meinung, daß diese 1/2 Stunde richtig ist, bitte Sie aber bei den weiteren Überlegungen, doch eine Zeitunterschiedlichkeit gegenüber dem bisherigen Projekt noch einmal zu bedenken. Es wäre noch bald genug, weil die Verordnungen ja noch nicht erlassen sind. Gleichzeitig möchte ich Sie bitten, noch einmal zu überlegen, wenn Sie in Ihre Beratungen gehen, ob nicht doch eine Mittagspause durchaus zielführend sein könnte. Nicht etwa, weil man mit Gewalt die "Blechlawine" in die Stadt hereinbringen will, sondern weil man nicht mit Gewalt die Gäste aus der Stadt fernhalten sollte.

Eine traurige Mitteilung möchte ich bei dieser Gelegenheit auch noch machen. Die ganzen Bemühungen um den öffentl. Verkehr - als Substituierung f. d. Individualverkehr - scheinen doch nicht ganz so von der höchsten Obrigkeit her gutiert zu sein, wie wir das gerne hätten. Die Eisenbahnverbindung wurde erneut verschlechtert. Nicht nur der Nachtschienenersatzbus ist weggefallen, was sehr bedauerlich ist, weil es die letzte Verbindung vom Zentralraum zu uns her dargestellt hat. Sondern auch um 19.40 Uhr der Zug ab

Wien. Das ist für die Tagesrand-Reisenden eine ziemlich schlimme Sache. Wenn man nämlich plötzlich feststellen muß, daß der nächste Zug erst um 20.40 Uhr ab Wien geht und dann noch eine halbe Stunde Anschlußzeit in St. Valentin hat, dann ist das kontraproduktiv. Dann fahren die Leute, die in Wien tagsüber zu tun haben, wieder mit dem Auto. So war es ja wohl nicht gemeint! Ich würde daher wirklich sehr höflich bitten, daß der GR der Stadt Steyr seinen Unwillen über diese Zugstreichung zum Ausdruck bringt und daß in geeigneter Form eine Petition an die Bundesbahn veranlaßt wird, sodaß dieser Zug wieder in St. Valentin hält. Ich glaube nicht, daß es hier auf die 2 Minuten Fahrtverzögerung ankommen kann und darf.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:**

Ich danke vor allen Dingen für diesen Hinweis zum Schluß. Das entspricht auch ganz meiner Auffassung. Eine diesbezügliche Überlegung wurde bereits im Haus angestellt.

Als nächster hat sich Hr. Dr. Schwager zu Wort gemeldet.

**GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:**

Hohes Präsidium! Das von Hr. StR Holub soeben angeschlossene Kapitel betrifft alle. Das ist voll zu unterschreiben! Wir alle wissen, daß man gerne einmal nach Wien fährt. Aber böse

Zungen behaupten, daß Wien eine Reise wert ist - nämlich eine Heimreise. Wir wollen auch irgendwann wieder nach Hause kommen.

Zum Thema zurück. Was mich wundert und eigentl. etwas erstaunt, ist, daß sowohl der "Treffpunkt Altstadt" - zu dem ich auch irgendwie einen persönl. Bezug habe - als auch der Tourismusverband so spät reagieren. Ich habe von Hr. Bgm. gehört, daß er gestern erst den Brief erhalten hat. Es ist doch bekannt, daß in Bürgergesprächen, Stadtteilgesprächen u. Informations-Veranstaltungen immer wieder auf diese Problematik hingewiesen wurde.

Heute haben wir über ein Vertragswerk zu befinden, das bei den Anbietern immerhin gew. Kalkulations-Grundlagen erfordert. Diese Kalkulations-Grundlagen sind aber auch darauf aufgebaut, daß gew. Zeiten der Gebührenpflicht gegeben sind. Eine halbe Stunde in der Früh lasse ich mir vielleicht noch einreden, aber ich glaube nicht, daß sich ein Anbieter damit anfreunden kann, daß man in der Mittagszeit einfach zwei Stunden aussetzt. Abgesehen davon, daß es dann auch ganz andere personelle Einsätze erfordern wird. So einfach, glaube ich, geht das jetzt nicht!

Ich bitte daher, diesem Antrag in der vorliegenden Form die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke sehr. Jetzt hat sich Hr. Dr.  
Pfeil noch einmal zu Wort  
gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-  
POLD PFEIL:

Herr Bgm., meine Damen und  
Herren! Es gelingt der ÖVP  
offenbar immer wieder, etwas  
vorzutragen, das nicht zum  
Tagesordnungspunkt paßt! Wir  
haben heute ausschließlich über  
den Vertrag mit der Firma zu  
reden und nicht über die Zeiten  
und nicht über die Rück-  
erstattung von Parkgebühren.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Sehr aufmerksam!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-  
POLD PFEIL:

Das ist heute nicht Tages-  
ordnungspunkt!

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

Aber es gehört dazu!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-  
POLD PFEIL:

Aber wenn es angesprochen ist,  
dann möchte ich natürlich auch  
dazu Stellung nehmen. Leider  
kommt die ÖVP auch immer ein  
wenig spät darauf!

Wir haben vom 12. 1. an eine  
Fülle von Gesprächen geführt.  
Am 12. 1. waren z. B. Hr. Dr. Viol,  
der HK-Vorsitzende, Hr. Wendl,  
der Tourismus-Chef Neubaur  
dabei und wir haben damals

über die Zeiten Einigkeit erzielt.  
Es wurden dann noch eine Reihe  
anderer Gespräche geführt. Ich  
war selbst bei einer Fülle von  
Gesprächen dabei. Sogar die  
Innenstadt-Kaufleute wurden zu  
einer eigenen Gesprächsrunde  
eingeladen. Weiters die Kaufleute  
von Ennsdorf und von Steyrdorf.  
Gleichzeitig sind auch die Be-  
wohner in den betroffenen Ge-  
bieten zu Gesprächen eingeladen  
und eingebunden worden. Wir  
haben dort den Wunsch der HK  
aufgenommen, daß die ursprüngl.  
Variante Samstag 13 Uhr auf  
Samstag 12 Uhr zurück-  
geschraubt wird. Wir haben den  
Wunsch zur Kenntnis genommen  
und so durchgeführt.

Wie Hr. Dr. Schwager schon  
richtig gesagt hat, gab es einen  
langen Vorlauf. Wenn man die  
Zeiten einmal weiß - die wurden  
ja auch gemeinderätl. bestimmt  
(mit Zustimmung aller Frak-  
tionen) -, dann soll man nicht  
jetzt hergehen und das alles,  
bevor wir anfangen, vorne, in der  
Mitte und am Schluß  
"abzwacken".

Ich bin auch der Meinung, wenn  
sich eine Änderung ergeben  
sollte, (nichts ist vollendet und  
100%ig für alle Zeiten so  
bestimmt) und wenn weiterhin  
der Trend besteht, daß die  
Geschäfte später aufsperrten, daß  
es wenig Sinn hat, daß wir um 8  
Uhr die Gebührenpflicht haben.  
Aber, meine Damen und Herren,  
bedenken Sie die Mittagspause.  
Der Trend geht dahin, daß die  
Geschäfte vermehrt in der

Mittagspause offen haben. So sehr ich den Hotelier und das Hotel Mader schätze - ich sage das ausdrücklich -, es ist jedoch jetzt auch nicht möglich, am Stadtplatz länger als für die Dauer einer Ladetätigkeit zu stehen. Er bekommt sogar eine Verbesserung. Ich gebe zu, mit 30 Minuten wird er nicht allzuviel anfangen, aber jetzt hat er nur 10 Minuten, wo man etwas laden und beladen kann. Es ist auf jeden Fall keine Verschlechterung.

Ich bin auch der Meinung, daß man sehr ernsthaft diskutieren sollte, denn ein Hotel braucht natürl. eine Ladezone. Aber ich habe bisher noch keinen diesbezügl. Antrag von ihm oder vom Tourismusverband erhalten. Wenn der Antrag für eine Ladezone vor den beiden Hotels kommt, dann werde ich ihn sehr wohlwollend aufnehmen. Ich finde das auch richtig und gut!

Abschließend wollte ich noch etwas bemerken - Sommerfahrplan ÖBB. Das hat nämlich auch meinen Unmut erregt. Ich habe mit der Bundesbahn-Direktion Linz Rücksprache gehalten wegen Stornierung dieser Randverbindung. Die Bundesbahnen machen es sich eben leicht. Sie sagen, sie haben zu wenig Auslastung. Sie ziehen wirklich das Problem von der falschen Seite heran; sie müßten eben zuerst das Angebot attraktiv und über den ganzen Tag flächendeckend erstellen, dann erst wird diese Verbindung nach und

von Wien vom Bürger aus Steyr richtig angenommen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Hr. StR Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich möchte mich ganz kurz halten, nachdem der "Ruf zur Ordnung", bei diesem Tagesordnungspunkt nicht abzuschweifen, von Dr. Pfeil in Eure Richtung schon ergangen ist. Trotzdem möchte ich die Gelegenheit nützen, kurz über diese Parkraumbew. und die zeitl. Komponente zu reden. Es hat sich eine Beamten-Arbeitsgruppe gebildet, die bis hin zur Auswahl der Parkscheinausgabe-Automaten an und für sich eine sehr gute Vorarbeit geleistet hat.

Ich möchte darauf hinweisen, daß es ja bei der Parkraumbew. wirklich nicht primär um fiskalische Ziele geht; d. h., wie kann ich dem Autofahrer, dem Stadtbürger oder dem Besucher der Stadt möglichst viel Geld aus der Brieftasche herausziehen, sondern es geht dabei hpts. um ordnungspol. Eingriffe. D. h. die Unterstützung, daß eben vom individuellen PKW-Verkehr Richtung öffentl. Verkehrsmittel eine Umlenkung stattfindet. Zumind. von breiten Personengruppen, für die an und für sich

dieser teure Parkraum in der Stadt nicht geschaffen ist.

Die 1/2-Stunden-Regelung auf dem Stadtplatz basiert auch auf einem Wunsch der Wirtschaft, die sich davon eine möglichst hohe Fluktuation der Parkplätze verspricht - und damit möglichst viel Betrieb und Geschäft! Von der anderen Denkschule ausgehend, müßte man ja sagen, wir möchten einen autoarmen oder verkehrsberuhigten Stadtplatz haben. Das ist eine Zielvorgabe, die wir uns alle gemeinsam und einstimmig gegeben haben. Da ist gerade diese 1/2 Stunde eher wieder kontraproduktiv. D. h., längere Parkzeiträume wären dort möglich.

Vielleicht ist das auch der Weg in die richtige Richtung, um Hotelgästen ein späteres Abreisen zu ermöglichen. Aber ich möchte auch nicht heute diesbezüglich Beschlüsse herbeiführen. Man muß eben, so wie bei jeder Maßnahme, die man ins Leben ruft, gew. Erfahrungen sammeln und dann in einer Adjustierungsphase dort hinüber gehen.

Vor einem möchte ich jedoch warnen. Nämlich daß wir immer Vergleiche mit anderen heranziehen, ohne mehr zu vergleichen. Daß man sozusagen immer nur die Rosinen aus einem anderen System herauspickt, ohne die Nachteile damit in Verbindung zu bringen. Wenn ich z. B. an die Parktarife denke, die in anderen österr. Städten 10 S pro halbe Stunde und mehr

betragen. Hier gibt Steyr wirklich ein moderates Beispiel.

Eines sollte auch nicht passieren durch eine Einengung dieser Dauer der Parkraumbewirtschaftung - nicht daß dann das wieder eintritt, was wir wirklich verändern wollen: nämlich das Dauerparken in unserem wunderschönen Stadtzentrum.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke. Wer wünscht dazu noch das Wort? StR Holub - die zweite Wortmeldung.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich möchte nicht - wie der quasi Ordnungsruf ergangen ist - hier an diesem Thema vorbeireden, sondern absichtlich im Thema sein. Ich fühle mich auch nicht im Unrecht. Weil ich glaube, spät, aber doch, haben sich Interessensträger gemeldet und gesagt: "Das, was Ihr vorhabt, deckt sich nicht ganz mit unserer Erwartungslage!" Ich glaube, daß es besser ist, das rechtzeitig in Erwähnung zu bringen, als es unerwähnt zu verschweigen und im nachhinein - so wie es dann und wann in Steyr leider Gottes von sehr hohen Würdenträgern dieser Stadt geschieht - die unzufriedenen Bürger aufeinander loszuhetzen. Ich denke an Münichholz und alle anderen Erscheinungen.

Das sollte man nicht tun, sondern man sollte in der fairen Diskussion die Wünsche vortragen und dann darüber dis-

kutieren - darum bitte ich als Tourismusreferent. Ich weiß, daß es mir durchaus zusteht, diese Bitte zu äußern.

Noch etwas möchte ich erwähnen. Die Städte, die hier verglichen wurden, nämlich Wels, Linz und Krems, heben alle 5 S ein. Es wurde also hier wirklich Gleiches mit Gleichem verglichen. Es ist allerdings richtig, daß es Städte gibt, die mehr Tarife einheben.

Was die Notwendigkeit von Bürgerwünschen und deren Berücksichtigung - jedenfalls die Empfehlung zu deren Berücksichtigung - ergibt, möge mir nur ein Beispiel gestattet sein, welches sicherlich wieder nicht im Thema ist. Aber ich möchte es nur zum Abrunden ansprechen. In der Mittere Gasse hat doch der Bürgerkrieg geherrscht - er war nicht ganz unmoderiert von Ihnen, Hr. Dr. Pfeil. Man hat dann zu einer Lösung gefunden, wo den Bürgern in Aussicht gestellt wurde, daß sie außerhalb der Geschäftszeiten Ruhe hätten. Der staunende Bürger dieser Stadt muß aber zur Kenntnis nehmen, daß eine Tafel dort hängt, daß das Fahrverbot nur in der Nachtzeit gilt! Und zwar auch an Samstagen und Sonntagen. Ich glaube, daß die Leute dort zurecht auf die Stadtverwaltung böse sind, die ihnen zuerst in Aussicht gestellt hätte, daß sie Samstag nachmittag und Sonntag Ruhe haben. In Wirklichkeit ist dort der Durchzugsverkehr.

Vor diesem Hintergrund, Hr. Dr. Pfeil, bitte ich Sie, auch die Beratungen im Verkehrsausschuß durchzuführen über die Wünsche der Geschäftstreibenden in der Innenstadt, über die Wünsche der Hotellerie, weil wir es uns - glaube ich - nicht sehr oft erlauben dürfen, daß Erfahrungen, wie die der Bürger der Mittere Gasse, zur Alltäglichkeit werden in Steyr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Frau Kollegin Bauer bitte.

GEMEINDERÄTIN FELICITAS BAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Die spät geäußerten Wünsche des Tourismusverbandes zeigen uns wenigstens, daß es ihn gibt. Bis jetzt hat man eigentlich das Gefühl, daß er gar nicht existiert.

Wenn man so schaut, hat man das Gefühl, daß sich nur zufällig hin und wieder Touristen nach Steyr verirren. Das ist aber auch kein Wunder, denn wenn man außerhalb der Region Steyr in ein Reisebüro geht, wird Steyr nirgends angeboten. Es wäre also an der Zeit, daß der Tourismusverband die Ärmel hochkrempelt und im eigenen Ressort tätig wird!

STADTRAT KARL HOLUB:

Das ist nicht wahr, das sollten Sie korrigieren, Frau Kollegin!

GEMEINDERÄTIN FELICITAS  
BAUER:

Nein, das ist wahr!

Man müßte mit einem ausgewogenen PR-Programm unsere schöne Stadt Steyr in die Welt hinaustragen und das wirklich vermarkten, daß öfter Touristen nach Steyr kommen - nicht nur hin und wieder.

Sie müssen auch sonntags bewirtet werden. Denn wenn sich jemand irrtümlich nach Steyr verirrt und an einem Sonntag nicht ordentlich bewirtet wird, wird er sich wahrscheinlich das letzte Mal verirrt haben. Hier wäre es an der Zeit, daß sich der Tourismusverband vermehrt um solche Dinge kümmert; das wäre wichtiger, als eine halbe Stunde feilschen über Parkgebühren!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Nicht mehr der Fall - dann ersuche ich den Referenten um sein Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-  
POLD PFEIL:

Meine Damen und Herren! Offensichtlich hat es Hr. Holub immer noch nicht begriffen - es geht heute nur um den Vertragstext! Und um nichts anderes! Wir können auch gerne über Steyrdorf reden. Ich stehe für eine Diskussion und Debatte gerne zur Verfügung. Ich bin ja

bekannt dafür, daß ich wirklich alle einbeziehe in die Entscheidungsfindung. In Steyrdorf ist es so gewesen, und hier ist es auch so gewesen. Alle Betroffenen haben mitgestimmt - positiv. Sie und Ihre Fraktionskollegen auch! Ich bin schon sehr verwundert. Gerade deswegen, weil der Tourismus-Chef bei den Gesprächen nachweislich dabei war. Er hat auch der Zeitenregelung zugestimmt und keine Einwände dabei gefunden. Jetzt, ein paar Tage bevor wir das Vertragswerk beschließen, kommen Briefe. Ich sehe es ein, daß man gescheitert werden kann. Aber es ist wirklich schwierig, jetzt in diesem Stadium eine Änderung, ohne die Folgewirkungen zu berücksichtigen, durchzuführen. Eines möchte ich noch beantworten. Ich habe geglaubt, daß Hr. Finanzreferent Zagler das beantworten wird - nämlich die Rückvergütung für die Kaufmannschaft. Das haben wir ebenfalls schon mehrfach besprochen. Es sind auch Gespräche mit dem Finanzreferenten und mit der Finanzabteilung des Hauses in Gang. Ich hoffe, daß wir auch hier in dieser Richtung eine gute Lösung für alle Beteiligten finden werden. Aber hier gebe ich den Ball gerne weiter.

Das war das Schlußwort. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke. Meine Damen und Herren, wie immer, wenn größere

Veränderungen zur Debatte stehen, gibt es unterschiedl. Meinungen. Das Problem wurde sehr lange diskutiert. Ich glaube, wir sollten einmal beginnen, aber für Wünsche und Anregungen offen sein. Ich glaube - und das ist meiner Meinung nach gerade beim Stadtteilgespräch über Verkehrsproblematik herausgekommen -, daß wir aus den Erfahrungen lernen werden müssen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Keine Gegenstimmen. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke Hr. Dr. Pfeil für seinen Vortrag. Nun bitte ich Frau Kollegin Ehrenhuber um die Berichterstattung.

BERICHTERSTATTERIN STADT-RAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren! Mein erster Antrag betrifft die Gewährung einer Subvention an den Verein "Frauen für Frauen" für den laufenden Betrieb des Frauenhauses in Steyr, Wehrgrabengasse 83.

10) Ha-2517/91

Verein "Frauen f. Frauen";  
Subvention für das Jahr  
1993.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA V v. 27. 4. 1993 wird dem Verein "Frauen f. Frauen" für den laufenden Betrieb des Frauenhauses in Steyr, Wehrgrabeng. 83, im Jahr 1993 eine Subvention in Höhe von S 450.000,-- gewährt (Lohnkosten, Instandhaltung, Reparaturen und Betriebskosten).

Die erforderlichen Mittel werden bei der VSt 1/4690/757000.7 freigegeben. Die Auszahlung erfolgt in monatl. Teilbeträgen.

Ich ersuche Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEINMAYR:

Wünscht jemand das Wort dazu? Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium! Um einem allfälligen Mißverständnis meines Beitrages von vornherein die Spitze zu nehmen: es ist schon klar, daß ich diesem Antrag letztendlich doch zustimmen werde. Es gibt jedoch einige Randanmerkungen hiezu.

Es stört der Sprung, der ja schon im vergangenen Jahr von 310.000 auf 400.000 S an Subventionsaufwand geschehen ist - nunmehr haben wir 450.000 gegenüber 400.000 S. Das ist ein Prozentsatz, der weit über dem Rahmen der Inflation liegt und der in der sachlichen Begründung nirgends eine Rechtfertigung findet.

Wir haben schon im Finanz- und Rechtsausschuß über das Problem dieser Subvention überhaupt gesprochen. Insofern, als sich der Verein "Frauen f. Frauen" (so heißt er jetzt, ich weiß nicht, ob der Titel dem Gleichbehandlungsgesetz entspricht) "einkapselt". Die Stadtgemeinde bekommt keine Nachweise über die Identität der Insassen - das ließe sich zwar über eine Meldeanfrage machen; aber wozu müssen wir dann wieder Gebühren zahlen?

Außerdem bekommt die Stadtgemeinde keine Nachweise über die Aufenthaltsdauer der einzelnen Insassen. Es steht ihr aber sehr wohl zu, derartige Überprüfungen vorzunehmen. Insbes. dann, wenn ein Verein mit doch sehr erheblichen - nicht nur Bitten, sondern geradezu - Forderungen nach Subventionen an uns herantritt.

Ich vermisste auch eine Gegenüberstellung des angesprochenen Subventionsbedarfes gegenüber einem Gesamtbudget, daß man ungefähr vergleichen könnte - um jetzt irgendeine Hausnummer zu nennen -, diese 450.000 S stehen in einer Relation zu (auch wieder eine Hausnummer) 2 Millionen oder stehen in einer Relation zu 800.000 S. Also wie weit ist dieser Verein auch teilw. selbst erhaltungsfähig?

Das mit der Aufenthaltsdauer und der Herkunft der Insassinnen dieses Heimes hat natürl. für uns als Stadtgemein-

de einen sehr wesentl. Hintergrund. Deswegen, weil wir ja von anderen Rechtsträgern Ansprüche auf Refundierung von Geldern hätten. Wenn uns aber diese Auskünfte verweigert bzw. erschwert werden, so vermisste ich, daß hier eine entspr. Kooperation zw. Subventionswerber und dem angesprochenen Subventionsgeber vorliegt. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke für diese Ausführungen. Ich darf mitteilen - was ich auch schon im Finanz- und Rechtsausschuß getan habe -, daß in letzter Zeit die Unterlagen geliefert wurden. Auch ein Gesamtbudget wurde vorgelegt. Es ist so, daß das geforderte Tagsatzmodell zumind. einmal im Entwurf bei der Gemeinde vorliegt und gegenwärtig von unserer Sozialabteilung bearbeitet wird. Es bestehen allerdings noch Auffassungsunterschiede im Hinblick darauf, daß die Stadtgemeinde natürl. darauf Wert legt, daß diese Einrichtung tatsächl. zur Verfügung steht, wenn ein Anlaßfall gegeben ist.

Wenn es nämlich so ist, daß hier viele Frauen über einen langen Zeitraum in diesem Haus verweilen, so quasi als Wohnungersatz, dann ist die Inanspruchnahme dieser Einrichtung in Wirklichkeit nicht gewährleistet. Das ist das Problem. Hier gab es im StS und im Finanz- und

Rechtsausschuß die einhellige Auffassung, ...

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:  
Nicht einhellig!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

..., daß nur dann gewährleistet werden kann - ob das zutrifft, daß das immer nur ein vorübergehender Aufenthalt ist -, wenn man weiß, wer dort ist. Das hat nichts damit zu tun, daß die Anonymität durchbrochen werden soll - das verstehen wir selbstverständlich! Es ist nur so, daß unsere Sozialabteilung oder das Kontrollamt (beide unterliegen hier der Verschwiegenheitspflicht) Einblick haben müssen. Ansonsten sind bei der Gemeinde eher Bedenken vorhanden, daß diese Einrichtung in der Lage ist, seinem Zweck wirklich zu entsprechen.

Wir haben aber heute den Antrag vorliegen, daß 450.000 S bewilligt werden sollen, wie sie im Budget vorgesehen sind. Wird noch ein Schlußwort gewünscht, Frau Kollegin?

STADTRÄTIN INGRID EHREN-  
HUBER:

Ich darf vielleicht nur zur Aufklärung mitteilen, daß der Verein gem. Finanzplan f. 1993 Aufwendungen von über 2 Mill. S hat. Alleine für die Miete stehen pro Jahr 210.000 S und für die Betriebskosten 176.000 S an. Ich möchte auch noch anführen, daß seitens des Kontrollamtes im

Herbst '92 eine Überprüfung durchgeführt wurde, bei der es keinerlei Beanstandungen gab. Alle erforderl. Belege wurden ordnungsgemäß nachgewiesen. Ich darf Sie nochmals ersuchen, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke sehr - der Antrag steht zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRÄTIN INGRID EHREN-  
HUBER:

Bei meinem zweiten Antrag geht es ebenfalls um die Gewährung einer Subvention. Und zwar an den Verein "Pro mente infirmis", in Zusammenhang mit der Führung des Atrium Steyr in der Gleinker Gasse.

11) Ha-85/93

Verein "Pro mente infirmis" - ATRIUM Steyr, Subvention für 1993.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA V v. 28. 4. 1993 wird dem Verein "Pro mente infirmis" im Zusammenhang mit der Führung des Atrium Steyr, Gleinker Gasse 21, für d. lfd. Haushaltsjahr zur Deckung des gesamten Mietaufwandes und 50 % der

Betriebskosten eine einmalige Subvention im Betrag von S 339.000,--  
gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von 330.000,--

bei der VSt 1/4130/757000.4 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 9.000,--

bei der gleichen VSt bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allg. Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche Sie, auch diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Es kommt fast auf eine teilw. Wiederholung vom letzten Antrag heraus. Liebe Fr. StR, es ist natürl. für uns sehr aufschlußreich, wenn Sie uns dann im Schlußwort Zahlen über das Gesamtbudget sagen. Schöner wäre es, wenn wir das schon im Amtsbericht hätten, weil wir dann verfolgen könnten, wie die Mittel dort verwendet werden.

Das ist genau das, was wir hier beanstanden - ohne deswegen die Zustimmung zu verweigern. Aber auch hier haben wir wohl

Zahlen von Aufwendungen für best. Zwecke, wobei es auffällt und eigentl. nicht ganz verständlich ist, daß sich der Mietaufwand um so viel steigert - das ist in keiner Weise hier begründet in diesem Antrag.

Auch hier fehlt es an einer Gesamtrelation zu dem Budget, das dieser Verein haben mag. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, darf ich die Berichterstatterin um das Schlußwort bitten.

STADTRÄTIN INGRID EHRENHUBER:

Zur angesprochenen Mietenerhöhung darf ich vielleicht nur anführen, daß der Verein im Vorjahr zusätzl. Räumlichkeiten angemietet hat und sich aus diesem Grund eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ergeben hat. Seitens der Stadt werden eben der Mietaufwand der Räumlichkeiten und 50 % der Betriebskosten übernommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nunmehr kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRÄTIN INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem dritten und letzten Antrag geht es um die Errichtung eines zweigruppigen Kindergartens im Objekt Ledigenheim im Wehrgraben. Der diesbezügl. GR-Beschluß wurde ja bereits im Juli 1992 gefaßt und der heutige Antrag lautet:

12) Ha-4110/91

Errichtung eines zweigruppigen Kindergartens im Objekt Ledigenheim, Wehrgraben; Auszahlung eines verlorenen Zuschusses in Höhe von 3 Mill. S.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD, Rechtsreferat, vom 18. Mai 1993, wird zur Auszahlung eines verlorenen Zuschusses in Höhe von S 3.000.000,- an die Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der SDP GesmbH. und zur Abdeckung der noch ausstehenden Planungs- und Umbaukosten für die Errichtung eines zweigruppigen Kindergartens im Objekt Ledigenheim, Wehrgraben, ein Betrag von S 900.000,- bei der VA-Stelle 5/2400/010000.7 als Kreditübertragung auf die VA-Stelle 5/2400/777000.0 bewilligt und der genannte Betrag bei dieser VA-Stelle freigegeben. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat bei der VA-Stelle 5/2400/010000.7 zu erfolgen.

Ich ersuche, auch diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Wird dazu das Wort gewünscht? Hr. GR Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:  
Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Zum Kindergarten gehört natürl. auch der Kindergartentarif. Wir haben ja vergangenes Jahr über den Kindergartentarif gesprochen bzw. einen Beschluß hier im GR herbeigeführt, der sehr viel Positives für die Familien gebracht hat und sehr gut angekommen ist.

Leider ist uns, glaube ich, beim Beschluß des Kindergartentarifes - das ist auch der Grund meiner Wortmeldung - ein Lapsus passiert. Eine Ungerechtigkeit beim Kindergartentarif, und zwar bei Punkt Nr. 5) "Beitragsermäßigung bei Erkrankung eines Kindes". "Zur Vermeidung von Härten", heißt es in diesem Punkt, "wird der zuständige stadträt. Referent ermächtigt, im Einvernehmen mit der MA V bei der Festsetzung des Elternbeitrages angemessene Ermäßigungen zu gewähren, wenn ein Kind wegen nachgewiesener Erkrankung (ärztl. Attest) länger als 1 Woche am Kindergarten-, Tagesstätten- oder Hortbesuch verhindert war."

Hier liegt die Ungerechtigkeit, die wir sicherlich alle übersehen haben. Wie sieht die Praxis aus?

Ein Kind ist eine Woche und einen Tag krank - die Ermäßigung macht 80 Schilling aus, das ärztl. Attest kostet 60 Schilling und die angemessene Ermäßigung beträgt 20 Schilling. Diese Fälle haben sich leider in der Vergangenheit gehäuft. Daher bei dieser Gelegenheit meine Bitte an den Hr. Bgm., von Amts wegen hier eine Berichtigung des GR-Beschlusses einzuleiten. Der Passus "nachgewiesen" und der Passus "ärztl. Attest" sollten gestrichen werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke vielmals. Ich gehe davon aus, daß diese ursprüngl. Festlegung, die jetzt von Dir, lieber Koll. Spöck, kritisiert wurde, auch beraten und aufgrund der Umstände so festgelegt wurde. Ich würde meinen, daß sich der Wohlfahrtsausschuß mit dieser Materie noch einmal beschäftigen soll.

Ich möchte schon darauf hinweisen, daß natürl. manchmal auch ein anderer Umstand vorliegt, warum Kinder vielleicht nicht in den Kindergarten kommen. Wir müssen natürl. von einer best. Budgetierungsmöglichkeit, auch in diesem Bereich, ausgehen. Ich möchte Dich daran erinnern, daß der Abgang bei den Kindergärten nicht gerade ein geringfügiger ist. Irgendeine gew. Budgetsicherheit wird auch benötigt. Ich würde in diesem Zusammenhang bitten, daß sich der Wohlfahrtsausschuß

mit dieser Materie beschäftigt. Damit will ich die Anregung des Koll. Spöck gleich zuweisen. Wird ein Schlußwort gewünscht?

STADTRÄTIN INGRID EHRENHUBER:

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß es in unserer Verfügung ursprüngl. geheißen hat, daß eine Abrechnung erst erfolgt, wenn ein Kind länger als zwei Wochen erkrankt oder vom Kindergarten abwesend ist. Bei der Bezugsregulierung im vergangenen Jahr wurde auf Ihren Wunsch, werter Koll. Spöck, dieser Passus auf eine Woche abgeändert.

Damals wurde jener Beschluß, der bereits im Jahre 1977 in Kraft war, einfach wieder eingeführt. Ich glaube, dieser Beschluß wurde damals einstimmig gefaßt. Man kann sicherlich über alles reden, und wir werden uns damit im Wohlfahrtsausschuß beschäftigen.

Vielleicht darf ich aber in diesem Zusammenhang schon auch sagen, daß ich diesbezügl. noch von niemandem angesprochen wurde. Ich war nur ein wenig verwundert, als ich in der ÖVP-Zeitung damals lesen mußte, daß wir die Eltern praktisch als "Schmarotzer" bezeichnen (das wurde mir sozusagen unterstellt). Das hat mich eigentl. schon geärgert, und ich möchte das wirklich zurückweisen. Noch einmal, ich wurde diesbezügl. noch von niemandem angesprochen!

Aber man kann sicherlich über alles reden, und der Hr. Bgm. hat ja bereits angekündigt, daß wir das im Wohlfahrtsausschuß behandeln sollen und daß wir Änderungen herbeiführen können.

Grundsätzlich hat das jetzt mit dem Antrag nichts zu tun; ich ersuche Sie trotzdem, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Es scheint heute wieder die Eigenart dieser Sitzung zu sein, daß wir auch die peripheren Bereiche einigermaßen einer Behandlung zuführen.

Wir stimmen über den Antrag ab. Wer ist dafür? Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig angenommen.

Eine bedauerliche Mitteilung muß ich zum Gegenstand machen. Es läuft alles sehr gut, und der Kindergarten wird wunderschön werden - auch das Haus, die Brücke und die Anlage -, nur leider scheint es so zu kommen, daß das erst zu einem verspäteten Zeitpunkt in Betrieb genommen werden kann. Das stellt uns vor nicht unbeträchtliche Schwierigkeiten, weil die Kinder bereits angemeldet sind - wie mir unsere Fr. Oberkindergärtnerin berichtet hat. Ich habe also versucht, bei der SDP AG-Wohnungsgesellschaft Druck zu machen. Sie haben versprochen, daß sie sich

sehr bemühen, aber die Bauwirtschaft ist offenbar in einer besseren Situation, als es die allg. Wirtschaftslage ist. Daher kommen sie mit diesem Kindergarten erst im Oktober so zu Rande, daß er beziehbar sein wird.

Das wollte ich bei dieser Gelegenheit noch bemerkt haben. Ich danke Fr. Koll. Ehrenhuber für den Vortrag. Nächster Berichterstatter ist Hr. StR Ing. Schloßgangl. Ich erteile ihm das Wort und übergebe den Vorsitz an Koll. Vbgm. Sablik.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Ich übernehme den Vorsitz.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine Damen und Herren des GR! In meinem ersten Antrag geht es um die Errichtung der Kanalisation Fischhub - Plenklberg.

13) Bau6-30/93

Kanalisation Fischhub - Plenklberg, 3. Bauabschnitt; Errichtung NS 11, 12, 13, 13 a.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III v. 14. 4. 1993 wird der Auftrag zur Durchführung nachstehend angeführter Arbeiten zur Errichtung der Kanalisation Fischhub - Plenklberg, NS 11, 12, 13, 13 a an die Fa. Erdbau Auinger, Stift Ardagger, übertragen:

Teil A - Kanalbau zum Preise von S 2,880.763,90 excl. MWSt.; Teil B - Straßenbau zum Preise von S 322.541,52 incl. MWSt.; Teil C - Beleuchtung zum Preise von S 98.078,40 incl. MWSt.

Zum genannten Zweck werden für den Teil A (Kanalbau) Mittel in Höhe von

S 2,881.000,--

bei VSt. 5/8110/050380.3 freigegeben.

Weiters werden Mittel für den Teil B (Straßenbau) in der Höhe von

S 323.000,--

bei VSt. 5/6120/002050.2 und für den Teil C (Beleuchtung)

S 98.000,--

bei VSt. 5/8160/050000.2 in Form einer Kreditübertragung von VSt. 5/6120/002050.2 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. (BEILAGE)

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wünscht jemand dazu das Wort? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig angenommen. Punkt Nr. 14) bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

14) Bau3-7090/91

Weiterer Ausbau der Gußwerkstraße; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des GR vom 26. 11. 1992 wurde der Auftrag zur Durchführung der Baumeisterarbeiten für den weiteren Ausbau der Gußwerkstraße, von der Fa. Gebeshuber bis zum Gußwerk II (Länge ca. 440 m), an die ARGE Hinterberg (Zwettler, Negrelli, Mayr-Bau, Hamberger u. Traunfellner) in Höhe von S 4,175.441,63 incl. MWSt. übertragen und gleichzeitig ein Betrag von S 200.000,-- als 1. Baurate freigegeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III v. 28. April 1993 werden zur Fertigstellung der Gußwerkstraße, zw. der Fa. Gebeshuber und Gußwerk II, Mittel in Höhe von

S 4,000.000,--

bei VSt. 5/6120/002030.4 freigegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Zu Wort hat sich Fr. GR Scheucher gemeldet.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Sehr geehrte Damen und Herren!  
Nachdem ich schon im November bei diesem Tagesordnungspunkt offensichtlich mißverstanden wurde, möchte ich es heute noch einmal versuchen - vielleicht werde ich heute verstanden!

Es geht nicht darum, daß wir die Gußwerkstraße ablehnen. Sondern wir sind dafür, daß diese Gußwerkstraße ausgebaut wird als Entlastung der Haager Straße vom Schwerverkehr. Allerdings sind wir mit der Breite von 8 m nicht einverstanden!

Und zwar deswegen, weil - auch nach Auskünften der Leute hier im Haus - für Bundesstraßen im Stadtgebiet 6,5 bis 7 m reichen. Man würde damit nämlich auch erreichen, daß die Geschwindigkeit von 50 km/h von selbst eingehalten wird. So werden wir wieder Probleme bekommen, wenn wir auf 8 m ausbauen und eine schöne, breite Rennstrecke hinsetzen. Das ist auch heute wieder der Grund, warum wir nicht zustimmen werden. Es geht nicht darum, daß wir die Straße an sich ablehnen, sondern wir lehnen die Breite ab! Danke.

STADTRAT KARL HOLUB:

Es ist Ihnen wieder gelungen, nicht verstanden zu werden!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dazu möchte ich natürl. als Verkehrsreferent schon etwas sagen. Eine Verkehrsleitlinie soll ja sein, daß man den Verkehr bündelt, daß man ihn nicht zerstreut. Die große Chance mit der Gußwerkstraße (im Abtausch zur Haager Str. als Bundesstraße 122 A, der zukünftig einmal stattfinden soll) hat enormen Vorteil für den gesamten Bereich Münchenholz. Es geht nur, wenn wir den Verkehr dort bündeln, und es wird nicht ausreichend sein, wenn wir eine 6,5 oder 7 m breite Bundesstraße machen!

Ich bin auch der Meinung, daß man dort zügig fahren kann, sodaß ohne weiteres ein "60er" oder ein "70er" gemacht werden kann. Warum denn nicht auf einer Umfahrungsstraße? Damit bekommen wir den Verkehr flüssig und möglichst ampelfrei durch! Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Keine weiteren Wortmeldungen liegen vor. Ich bitte um das Schlußwort.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Das Schlußwort erübrigt sich - ich glaube, es wurde alles gesagt dazu. Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer ist dafür? Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltungen? Keine. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT        ING.        OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

15) Bau6-647/88  
Bau3-103/93  
"Kanalisation Tabor", 2.  
Bauabschnitt NS 12 u. NK  
N, öffentl. Ausschreibung  
vom März 1993.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III v. 6. Mai 1993 werden zur Errichtung der Kanalisation Tabor, 2. Bauabschnitt, folgende Bauarbeiten an die Fa. Kanzler, Waldhausen, vergeben.

Teil 1) Kanalbau zum Preis v. S 5.085.350,-- netto; Teil 2) Straßenbau zum Preis v. S 788.538,-- brutto; Teil 3) Straßenbeleuchtung zum Preis v. S 87.780,-- brutto.

Zum genannten Zweck werden Mittel in Höhe von

S 4.500.000,--

bei VSt. 5/8110/050450.4 für den Kanalbau

S 250.000,--

bei VSt. 5/6120/002080.9 für den Straßenbau in Form einer Kreditübertragung aus VSt. 5/6120/002480.1 und

S 87.800,--

bei VSt. 5/8160/050000.2 für die Straßenbeleuchtung in Form einer Kreditübertragung aus VSt. 5/6120/002020.5 freigegeben.

Die Freigabe der restl. Mittel bleibt einer gesonderten Beschlusfassung vorbehalten.

Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht das Wort? Frau GR Bauer bitte.

GEMEINDERÄTIN        FELICITAS  
BAUER:

Sehr geehrter Hr. Bgm., meine Damen und Herren! Bei dieser Ausschreibung ist Ihnen wahrscheinlich - genauso wie mir - die Vergabeeinheit aufgefallen. Was heißt Vergabeeinheit? Daß versch. Teilbereiche des Bauwesens in Bausch und Bogen vergeben werden. In unserem Fall ist es Teil 1) Kanal, Teil 2) Straßenbau und Teil 3) Beleuchtung. Für einen Kanal wird natürl. ein Professionist, ein Kanalbauer einen besseren Preis haben, als ein Asphaltierer. Und umgekehrt genauso!

Das geht auch aus dem Anbot hervor. In diesem Anbot ist ersichtlich, daß für den Straßenbau natürl. die Asphaltierer-Firma günstigere Preise hat, als die Fa. Kanzler, der Kanalbauer. Fast doppelt so hoch ist sein Angebot!

Um die günstigen Preise auszunutzen, würde nur ein Satz genügen. Nämlich, daß die Arbeiten in Leistungsgruppen getrennt vergeben werden können. Damit hält man sich dann die Möglichkeiten offen, sich die Bestbieter herauszusuchen. Das würde man ja auch als Privater machen. Als Privater

nimmt man ja auch den Professionist, der es am besten kann.

Argumente, daß dieser den Preis nur dann halten kann, wenn er die anderen Teile teurer kalkuliert, können auch nicht gelten, weil der Laufmeterpreis mit S 11.854,-- für einen Kanalbauer auch gerechtfertigt ist.

Das Bausch und Bogen-Angebot kann meiner Meinung nach nur dazu führen, daß die überhöht angebotenen Teile wahrscheinlich gar nicht selbst gemacht, sondern an Subunternehmer vergeben werden. Ich sehe nicht ein, daß ein Steuerzahler Geld hergeben soll für eine Firma, die die Leistung nicht selbst erbringt. Daß die Fa. für etwas bezahlt wird, das sie nicht selber macht - so habe ich das gemeint!

Dieser eine Satz, daß es in Leistungsgruppen getrennt vergeben werden kann, wird in anderen Gemeinden gängig verwendet. Nur, um sich die Möglichkeit offen zu halten! Man muß es nicht ausschöpfen, aber die Möglichkeit hat man! In diesem Fall wäre es z. B. günstig gewesen.

Das steht auch in der Vergabeordnung - ÖNORM B 21/10. Gibt es übrigens in der Handelskammer. Danke.

VIZEBURGERMEISTER ERICH SABLİK:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Schlußwort?

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Zum ersten möchte ich betonen, daß die Handelskammer diese Ausschreibungen nicht verfaßt und nicht für den Magistrat macht.

Zweitens werden diese Bauvorhaben immer gesamt ausgeschrieben - wollte man sie trennen, könnte man sie auch detailliert ausschreiben. Aber aus ökonomischen Gründen, um sie auch von der Terminplanung her besser im Griff zu haben, werden sie gemeinsam ausgeschrieben. Es liegt trotzdem, glaube ich, nicht im Interesse - es hat schon einmal so eine Ausschreibung gegeben. Ich erinnere an den Stadtsaal, als dort eine Lüftung eingebaut wurde. Da hat man von vorhandenen Angeboten überall die Bestbieter-Preise herausgerechnet, alles "zusammen gestoppelt", addiert, dann wieder an die Firmen verschickt und gesagt, bitte nehmen Sie dazu Stellung mit einem Abschlag oder einem Zuschlag. Es ist nur ein Zuschlag herausgekommen, weil eine Firma mit best. Kalkulationen rechnet, und letztendlich der End- bzw. der Bestpreis entscheidend ist. Das ist auch hier so geschehen.

Natürl. kann ich dann hergehen und sagen, ich nehme mir überall das "Zuckerl" heraus. Dann wird sich aber u. U. der Preis beim Straßen- oder Kanalbau auch verändern und in die Höhe gehen.

Also der Schluß ist nicht ganz logisch, denn jeder kalkuliert mit einem Gesamtvolumen des Auftrages. Wenn er das nicht bekommt, dann wird er woanders eben einen anderen Preis haben. Das ist die Kalkulationsfreiheit eines jeden Unternehmers, die wir hier zu berücksichtigen haben! Es wird sicherlich nicht so gehen, daß man die Firmen anschreibt, dann untereinander die Bestbieter-Preise herausholt und sagt: "Jetzt müßt Ihr dazu dieses oder jenes Teilgebiet machen!"

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

16) Bau3-2296/92

Verbindungsstr. Ennser  
Straße - Resthofstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III v. 11. Mai 1993 werden die Straßenbauarbeiten für die Verbindungsstr. Ennser Str. - Resthofstr. zu einem Preis von S 753.692,96 incl. USt. an die Fa. Zwettler, Steyr, vergeben.

Zum genannten Zweck werden Mittel in Höhe von

S 753.700,--

bei VSt. 5/6120/002340.7 freigegeben.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall. Wer ist dafür? Danke. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen? Ebenfalls keine. Einstimmig - nächster Punkt.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

17) Bau3-114/93

Asphaltierungsprogramm  
'93; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III v. 10. Mai 1993 wird dem Asphaltierungsprogramm 1993 im Umfang der Gesamtzusammenstellung zugestimmt und der Auftrag zur Durchführung der hiefür erforderlichen Arbeiten an die Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr, zu Gesamtkosten von S 2.474.809,38 incl. MWSt. vergeben.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von  
S 2.475.000,--

bei VSt. 5/6120/002000.7 freigegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Wortmeldungen dazu?  
Keine, also stimmen wir ab. Wer  
für den Antrag ist, den bitte ich  
um ein Zeichen mit der Hand.  
Danke. Gegenprobe? Stimment-  
haltungen? Keine. Einstimmig.

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

18) Bau2-6892/92  
Bebauungspl. Nr. 15; Hin-  
terberg; Änderung Nr. 1;  
Aufhebung.

Der Gemeinderat wolle beschlie-  
ßen:

Gegenständl. Aufhebung des  
Bebauungspl. Nr. 15 - Hinterberg  
- wird entspr. den Plänen des  
Stadtbauamtes vom 30. Okt.  
1992 sowie nach Maßgabe des  
Amtsberichtes der MA XI v. 13.  
Mai 1993 nach § 23 des Oö.  
Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr.  
18/1972 idgF., beschlossen.

Ich bitte, auch darüber ab-  
stimmen zu lassen!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-  
LIK:

Wird das Wort gewünscht? Nicht  
der Fall. Wer ist dagegen?  
Niemand. Stimmenthaltungen?  
Keine. Einstimmig angenommen.  
Punkt Nr. 19) bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

In meinem letzten Antrag geht es  
auch um eine Bebauungsplan-  
Änderung. Der Antrag lautet:

19) Bau2-7420/92

Bebauungsplan Nr. 51  
"Schladergründe" - Än-  
derung Nr. 1.

Der Gemeinderat wolle beschlie-  
ßen:

Gegenständl. Bebauungsplan Nr.  
51 "Schladergründe" - Änderung  
Nr. 1 - wird entspr. den Plänen  
des Stadtbauamtes vom 22.  
Oktober 1992 sowie nach  
Maßgabe des Amtsberichtes der  
MA XI vom 18. Mai 1993 nach §  
23 Abs. 2 und 3 des Oö. ROG,  
LGBl. Nr. 18/1972 idgF., be-  
schlossen.

Ich bitte auch hier um Ihre  
Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-  
LIK:

Wünscht dazu jemand das Wort?  
Nicht der Fall, also kommen wir  
zur Abstimmung. Wer ist  
dagegen? Niemand. Stimment-  
haltungen? Keine. Einstimmig  
angenommen.

Ich danke Hr. StR Ing.  
Schloßgangl für seine Anträge.  
Nun ersuche ich Hr. Vbgm. Dr.  
Pfeil um Übernahme des Vor-  
sitzes, weil ich anstelle von StR  
Tatzreiter die Berichterstattung  
seiner Anträge übernehme.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-  
POLD PFEIL:

Ich übernehme den Vorsitz und  
bitte um Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜR-  
GERMEISTER ERICH SABLIK AN-  
STELLE VON STADTRAT LEOPOLD  
TATZREITER:

Sehr geehrte Damen und Herren des GR, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe Ihnen mehrere Akte vorzutragen. Beim ersten geht es um die Vergabe zum weiteren Ausbau des Löschzuges III unserer FFW in der Steiner Straße. Ich bitte sie, folgendem zuzustimmen:

20) Bau5-2224/90

FFW Stein, Steiner Straße, Löschzug III; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III v. 16. 4. 1993 wird im Zusammenhang mit der Erweiterung des Feuerwehrhauses der FFW Stein, Steiner Str., Löschzug III, nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1. **Heizkesselanlage:** Fa. Haas, Steyr, brutto S 316.721,10

2. **Druckluftleitung:** Fa. Haas, Steyr, brutto S 45.652,70

3. **Abgas-Absauganlage:** Fa. Haas, Steyr, brutto S 75.624,13

4. **Sanitärinstallation:** Fa. Haas, Steyr, brutto S 106.190,59

Gesamterfordernis: S 544.188,53

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 443.680,--

bei VSt 5/1630/010030.7 freigegeben.

Die Freigabe der Restmittel bleibt einer bes. Beschlußfassung durch das nach dem Statut für die Stadt Steyr hiefür zuständige Organ vorbehalten.

Infolge Dringlichkeit wird der Mag. der Stadt Steyr gem. § 47

Abs. 5 des Statutes f. d. Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben den dringenden Feuerwehr-Antrag gehört - wünscht jemand das Wort dazu? Ich sehe, daß dies nicht der Fall ist. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig beschlossen. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Promenade 10 - das Haus ist instandzusetzen. Der Antrag des StS lautet:

21) GHJ2-15/93

Promenade 10; Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 26. 4. 1993 wird den Instandsetzungsarbeiten beim Objekt Promenade 10 durch nachstehend angeführte Firmen zum Gesamtpreis von S 518.677,66 o. M. zugestimmt:

1. **Dachdeckerarbeiten:** Fa. Staffelleitner, Enns, S 230.288,67 o. M.

2. **Elektroinstallation:** Fa. Berger, Steyr, S 147.989,99 o. M.

3. **Baumeisterarbeiten:** Fa. Nograsek, Steyr, S 69.635,--

4. Fliesenlegerarbeiten: Fa. Seylehner, Behamberg, S 45.764,— o. M.

5. Malerarbeiten: Fa. Huber, Steyr, S 25.000,— o. M.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 519.000,—

bei der VA-Stelle 5/8460/010000.5 freigegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wünscht jemand das Wort dazu? Nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Niemand. Stimmenthaltungen? Keine. Danke - Einstimmigkeit ist zu protokollieren.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Nächster Antrag - ebenfalls des StS an den GR. Der Gemeinn. Wohnungsges. der SDP GesmbH. soll der vertraglich zugesicherte Teilbetrag in Höhe von 1,5 Mill. S zum Ausbau des Bauvorhabens Fabriksinsel ausbezahlt werden.

22) Ha-4110/91

Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft SDP GesmbH;  
Bauvorhaben Fabriksinsel;  
Baukostenzuschuß; zweite Rate.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD, Rechtsreferat, vom 27. April

1993 wird bei der VA-Stelle 5/4800/777010.8 ein Betrag von S 1.500.000,— als zweiter Teilbetrag des Baukostenzuschusses zum Umbau des Objektes Ledigenheim auf der Fabriksinsel und zur Errichtung von 62 Wohneinheiten in diesem Objekt als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich ersuche um diese Freigabe.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wünscht jemand zur Fabriksinsel das Wort? Nicht der Fall. Abstimmung - wer ist gegen diesen Antrag? Niemand. Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmigkeit ist zu protokollieren.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Die FFW benötigt eine Ersatzbeschaffung für ein Ölfahrzeug. Der Antrag lautet:

23) FW-7/93

Ankauf eines Trägerfahrzeuggestelles mit Abrollkipper-Hakengerät f. d. FFW der Stadt Steyr (KHD).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 10 Mai 1993 wird im Zusammenhang mit dem Ankauf eines Trägerfahrzeuggestelles mit Abrollkipper-Hakengerät für die FFW der Stadt Steyr (KHD)

nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1. Fahrgestell - Steyr 26 S 32/K 34 6 x 4 single: Fa. SNF AG, Leonding, S 1,620.000,-- incl. MWSt

2. Abrollkipper-Hakengerät: Fa. Obermayr, St. Ulrich, S 465.000,-- incl. MWSt

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 2,000.000,--

bei der VA-Stelle 5/1630/040000.4 sowie weitere Mittel im Ausmaß von

S 85.000,--

bei der gleichen VA-Stelle in Form einer Kreditüberschreitung freigegeben.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich möchte dazu nur anfügen, daß wir in nächster Zeit eine Subvention in Höhe von S 710.000,-- seitens des Oö. Landesfeuerwehr-Kommandos verbuchen können. Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Wird dazu das Wort gewünscht? Nicht der Fall - wir stimmen ab. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltungen? Keine. Auch hier ist Einstimmigkeit zu protokollieren. Nächster Antrag bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Beim letzten Antrag geht es um den Umbau des Hotel Mü-nichholz. Das ist eine leidige Angelegenheit, die hier schon lange behandelt wird. Zuerst erfolgten öffentl. Ausschreibungen - es haben sich aber nicht die benötigten Mieter gemeldet. Daher mußte eine weitere Kontaktaufnahme mit potentiellen Mietern gepflogen werden. Es ist nunmehr vorgesehen, daß im Erdgeschoß die Ladenzeile Ecke Punzerstr. - Wagnerstr. fortgeführt wird, wobei auch die Dienststelle der Polizei untergebracht werden soll. Im Obergeschoß sind ebenso infrastrukturelle Einrichtungen ins Auge gefaßt, wie z. B. eine Arztpraxis, Nebenräumlichkeiten der Polizei-Dienststelle.

Das 2. Obergeschoß und das Dachgeschoß bleiben dem Einbau von Wohnungen vorbehalten.

Um diese Planungstätigkeiten in Gang zu setzen, wurde nach Überprüfung folgende Reihung gezeigt: Atelier Rubenzucker: S 2,984.000,--; Architekt Schmid: 3,374.000,--; Hinterwirth,

Gmunden: S 3,551.000,--. Um Vergabe der Planungs- und Bauleitungstätigkeit an den Billigstbieter wird ersucht, zumal das Angebot als günstig zu bezeichnen ist.

Für das heurige Rechnungsjahr werden noch 630.000 Schilling für den Planungsanteil für das Baugenehmigungs-Verfahren benötigt. In diesem Zusammenhang wird um die Genehmigung einer Kreditüber-

schreitung in vorgenannter Höhe und Freigabe dieser Mittel ersucht.

24) Bau5-3267/92

Umbau Hotel Münichholz;  
Wagnerstr. 2 - 4; Vergabe der Planungs- u. Bauleitungstätigkeit.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III v. 18. 5. 1993 wird der Auftrag für die Planungs- und Bauleitungstätigkeit für den Umbau des ehem. Hotel Münichholz an das Atelier Rubenzucker, Steyr/St. Ulrich, zum Preis von netto S 2,984.960,-- erteilt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von  
S 630.000,--

bei VSt. 5/8460/010.100.3 durch Kreditüberschreitung bewilligt und freigegeben.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich gebe dem Bürgermeister den Vorsitz zurück und möchte mich selber zu Wort melden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Ihnen das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Umbau Hotel Münichholz - Hr. Vbgm. Sablik hat schon gesagt, daß dies eine etwas leidige Angelegenheit ist. Es dauert dort schon sehr lange - das ist richtig, aber trotzdem ist einiges auffallend.

Ich möchte einige Worte aus dem StS bekanntgeben. Unserer Meinung nach wurden hier Äpfel mit Birnen verglichen. Es sind Preisverhandlungen gemacht worden bzw. freie Angebote eingeholt worden, die man nicht vergleichen kann. Ich kann nicht eine Baumeister-Tätigkeit mit einer Tätigkeit eines Architekten frei vergleichen. Es gibt eine Gebührenordnung für die Architekten, welche festgelegt ist, und es gibt eine Gebührenordnung für die Baumeister - diese differieren eben. Ich kann nicht sagen, daß ich die eine Gebührenordnung von dem mit der anderen vergleiche und einer dann billiger ist.

Zweitens möchte ich zum Preis etwas sagen - wir reden über eine Planungsvergabe von 3 Mill. S, ohne genau zu wissen, welche Geschäfte hineinkommen. Es ist ja ein Unterschied, ob man eine Fleischhauerei oder ein Schuhgeschäft installiert. Das muß ja in der Planung berücksichtigt werden. Auch eine Polizei-Dienststelle unterscheidet sich sehr wesentlich von einer Arztpraxis (wenn man im Obergeschoß Nebenstellen machen wird). Mir

erscheint es etwas eigenartig, wie das dort mit der Planung um 3 Mill. S gehandhabt wird.

Zum anderen möchte ich schon fragen, ob nicht seitens der Beamten im Bauamt Planungsarbeiten möglich gewesen wären. Wenn wir diese Vorarbeiten leisten, wissen wir konkret, was wir dort wollen - und wie wir es wollen! Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke sehr. Nun hat sich Hr. StR Schloßgangl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

Meine Damen und Herren des GR! Ich möchte zuerst diesen Vergleich von Vbgm. Pfeil, daß hier Äpfel mit Birnen verglichen werden, schärfstens zurückweisen. Ich bin zwar nicht der Auftraggeber für diese Planung - die untersteht dem Planungsreferenten; das ist der Hr. Bgm. - und habe auch nicht den Auftrag gegeben. Aber ich bin der Meinung, daß hier klare Linien geschaffen werden sollen. Es ist schon angeklungen, daß es eine Gebührenordnung für Architekten gibt - die GOA; und es gibt eine Honorarordnung für Baumeister. Beide sind nicht ganz ident. Ich habe das Bsp. einmal mit 1 Mill. S überrechnet. Dabei habe ich errechnet, daß beispielsweise beim Architekten 13,2 % an Honorarkosten

herauskommen würden, beim Baumeister 11,7 %.

Es ist aber auch bei anderen Vergleichen unterschiedlich. Z. B. kommen auch bei den Baumeistern höhere Honorarkosten heraus - das ist jew. nach Bauwerk und Aufwand verschieden.

Zweitens - Äpfel mit Birnen werden verglichen. Es war eine beschränkte Ausschreibung, und man hat hier gute Architekten und einen sehr guten Baumeister genommen. Beide haben die Voraussetzung, die Berechtigung und die Möglichkeit (auch der Baumeister ist berechtigt!), Hochbauten und andere verwandte Bauten zu planen, zu berechnen und als Hochbauten zu leiten. Das ist genau dasselbe, wie beim freischaffenden Architekt. Über die Qualität kann man versch. Meinung sein - es gibt gute und schlechte, das habe ich bereits gesagt; sowohl Architekten als auch Baumeister. Man hat gezielt Leute eingeladen, von denen man weiß, daß sie ihr Metier beherrschen.

Jetzt kommt aber der "springende Punkt", warum nicht Äpfel mit Birnen verglichen wurden. Bis vor kurzem galt aus d. Architekten- und Ingenieurkammer als vorgegebener Maßstab, keine Nachlässe bei ihren Honoraren zu gewähren. Das hat theoretisch zwar sehr schön geklungen, wurde aber in der Praxis nie eingehalten. Genau dasselbe gilt bei den Baumeistern. Sobald sie jetzt

hergehen und Nachlässe auf diese Honorargebührenordnung geben, wird dieser ganze Unterschied der Gebührenordnung praktisch aufgehoben.

Es ist also sehr wohl möglich und richtig, hier einen ehrlichen und guten Vergleichswert zu bekommen, wenn die Voraussetzung und das Können der zu beurteilenden Architekten oder Baumeister auf ein gleiches Niveau gestellt werden können. Ich glaube, es ist hier unerheblich, ob der eine ein akadem. Studium hat oder nicht. Speziell bei Umbauten haben sich praktische Baumeister als hervorragende Leute bewährt. Daher wurde auch diese gezielte Ausschreibung gemacht. Man kann nicht sagen, daß Äpfel mit Birnen verglichen wurden!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort dazu? Nicht der Fall.

Vielleicht kann ich erläuternd noch sagen, daß wir eigentl. sehr rasch bemüht waren. Schon wenige Wochen nachdem der Betrieb Telefunken ausgezogen ist, hat eine Begehung stattgefunden. Damals noch mit Hr. MD Dr. Knapp, der Liegenschaftsverwaltung und der Baudirektion - auch Hr. Bmst. Rubenzucker wurde auf Vorschlag des MD eingeladen. Wir haben seinerzeit schon geschaut, welche Möglichkeiten in diesem Haus überhaupt gegeben sind. Man muß ja hier mit Fachleuten reden!

Die Bauabteilung hat damals erklärt, daß sie eine solche Planung nicht vornehmen können. Das war der Grund, warum wir uns an einen externen Baumeister gewendet haben. Er hat sehr gute Vorschläge gemacht, und wir haben dann gewußt, daß die Obergeschoße für Wohnverbauung und das Untergeschoß für eine kommerzielle Nutzung (Geschäfte usw.) vorgesehen sind. Das mittlere Geschoß, also das 1. Obergeschoß wurde für Vereinszwecke, kulturelle Zwecke usw. als möglich betrachtet.

Wir haben zweimal ausgeschrieben, und es haben sich nicht so viele interessierte Geschäftsleute gemeldet. Ein Arzt hat sich gemeldet, der dort hin möchte - das entspricht sehr den Vorstellungen der Münichholzer Bevölkerung. Weiters hat sich ergeben, daß die Polizei hinein möchte - das war anfangs nicht absehbar. Wir haben dann auch direkte Verhandlungen mit dem Polizeidirektor geführt. Nun kommt es schön langsam zusammen; die Widmung ist jedoch noch nicht endgültig vorhanden. Es dauert schon sehr lange - da gebe ich Ihnen recht. Wir sollten voranschreiten und das, was geplant wurde, realisieren und den Rest, wenn die endgültige Widmung vorgenommen ist, natürl. auch einer entspr. Planung zuführen. Das sind ja nur mehr Teile von Geschoßen, die man aber im Prinzip von der Fassade her und von der

Raumaufteilung schon ziemlich genau kennt. D. h., daß wir - so glaube ich - gut beraten sind, wenn wir die Dinge vorantreiben. Das wünscht sich auch die Münichholzer Bevölkerung!

Wird ein Schlußwort gewünscht? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Koll. Vbgm. Sablik. Nächster Berichterstatter ist StR Dkfm. Zagler - ich bitte um seinen Antrag.

#### BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren! Auch das Land OÖ. hat erkannt, daß Sportstätten-Förderung und Sport - daher auch Zuschauer-Förderung - eine wichtige Angelegenheit ist. Deshalb wurden mit diesem Beschluß dem SK Vorwärts Steyr zur Ausfinanzierung der Errichtung der Umkleide-Gebäude 750.000 Schilling genehmigt. Damit dieser Betrag an den SK Vorwärts Steyr ausgezahlt werden kann, bitte ich Sie heute, die Kreditüberschreitung im Ausmaß von 750.000 S zu beschließen - mit dem Wissen, daß nach der Auszahlung dieses Betrages die 750.000 S vom Land flüssig gemacht werden und somit das Konto durch Mehreinnahmen bei derselben

VA-St. wieder ausgeglichen werden kann.

Vielleicht darf ich noch eines dazu sagen, wobei ich nicht beabsichtige, neuerlich eine Vorwärts-Diskussion "anzuheizen". Heute wurde richtig bemerkt, daß der SK Vorwärts Steyr bzw. ein Club dieser Größenordnung nicht ohne Schulden bestehen kann. Nachdem wir diese haben (die Finanzierungskosten für das Gebäude), aber der Club vorfinanzieren mußte, und wir daher auch auf dem Kreditmarkt tätig sind, ist die rasche Auszahlung eine fast unabdingbare Forderung. Vor allem auch deswegen, weil die Fußballvereine, Eishockey-Clubs u. a. gerade bei den Banken, bei den Kreditinstituten leider nicht die "prime-rate" genießen. Weil eben in der letzten Zeit einige renommierte Vereine eine Bruchlandung durchgeführt haben. Wir werden das beim SK Vorwärts zu verhindern wissen durch ein gutes Management! Ich bitte, diesem Beschluß - Weiterleitung der Landesförderung - die Zustimmung zu erteilen.

#### 25) Ha-3719/90

SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer Subvention v. S 750.000,- als Weiterleitung einer Landesförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Ref. f. Schule und Sport v. 5. Mai 1993 wird der Weiterleitung

einer zweckgebundenen Bedarfswweisung des Landes OÖ. für den SK Vorwärts Steyr in Höhe von S 750.000,-- im Subventionswege zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 750.000,--

bei der VAST. 5/2624/777000.5 in Form einer Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den Bedarfswweisungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Stimmt jemand gegen diesen Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Keine Enthaltungen. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft - wir kommen zur Aktuellen Stunde. Wer wünscht von den Fraktionen das Wort? Gibt es seitens der SPÖ-Fraktion ein Thema? Nicht der Fall. FPÖ-Fraktion? Hr. Dr. Pfeil bitte.

*Beginn der Aktuellen Stunde: 17.20 Uhr*

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle Fraktionen im Steyrer GR

haben die Notwendigkeit einer baulichen Verkehrsmaßnahme im Bereich Bahnhof Steyr erkannt. Einerseits soll hier die möglichst gute Anbindung der Schönauer Brücke an die Eisenbundesstr. erfolgen - Ennsdorf soll durch die Verkehrsführung über diese verkehrsmäßig im Bereich Pachergasse - Dukartstraße entlastet werden. Andererseits soll eine Verkehrsdrehscheibe aller öffentl. Verkehrsträger im Bahnhofsbereich mit einer Parkmöglichkeit für den motorisierten Individualverkehr errichtet werden.

Die Verkehrsdrehscheibe Bahnhof Steyr kann und darf aber nicht auf das Thema "Verkehr" reduziert werden! Jede größere Bauaufgabe im zentralen Bereich der Stadt Steyr ist in erster Linie eine stadtgestalterische. Daher muß sich in Steyr - ich sage das auch ganz bewußt als Verkehrsreferent - ein Verkehrskonzept dem bes. herausragenden hist. Stadtbild anpassen.

Die FPÖ-GR-Fraktion kritisiert in diesem Zusammenhang: Die Ausschreibungs-Kriterien für diesen geladenen Architekten-Wettbewerb waren mangelhaft! Vorarbeiten, insbes. die Verhandlungen über Einbeziehungen der Grundstücke seitens der ÖBB, wurden nicht ausreichend durchgeführt. Es würden vielleicht dadurch völlig andere, stadtbild-verträglichere Varianten - insbes. der Parksi-

tuation dort im Parkhaus - möglich sein.

Der Gestaltungsbeirat wurde in einer Sitzung vom 1. April als Jury mißbraucht. Demokratiepolitisch wird es aber dann äußerst bedenklich, wenn Baustadtrat Ing. Schloßgangl als Vorsitzender des Bauausschusses unter dem Punkt "Information" abstimmen läßt.

Das vom Gestaltungsbeirat bevorzugte Projekt wurde von StR Schloßgangl einfach vom Tisch gefegt. Der Gestaltungsbeirat der Stadt Steyr wurde bei der Abänderung nicht eingebunden. Der Bgm. der Stadt hat als für die Stadtentwicklung Verantwortlicher auch nichts dagegen unternommen.

Bgm. Leithenmayr operiert im letzten Amtsblatt der Stadt Steyr (5/93) mit nicht richtigen Kosten über die Tunnel-Varianten. Es gibt Schätzungen von 2 anderen Architekten, die etwas anderes behaupten - nämlich, daß diese Tunnel-Varianten nicht den Preis haben, den Sie mit dem Bauamt der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen.

Ganz bedenklich wird es dann, wenn in einer ÖVP-Zeitung - dieses Mal in einer ÖVP-Zeitung - steht: "Parkdeck Bahnhof" - hier wird nämlich die Bevölkerung angeschwindelt, richtiggehend angeschwindelt! Hier steht: "Das wurde vom Bauauschuß einstimmig beschlossen und vom GR ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Da frage ich mich wirklich! Erstens - unter Punkt "Information" abstimmen lassen, ist ein Skandal! Für so ein wichtiges Projekt gehören Informationen her. Ich war selbst den ganzen Tag bei der Gestaltungsbeirats-Sitzung anwesend und habe alle Informationen gehabt. Wegen eines anderen Termins habe ich am Abend beim "Informationspunkt" dieses Bauausschusses nicht teilgenommen.

Wie mir andere Teilnehmer dieses Bauausschusses sagten, haben sie gar nicht richtig realisiert, daß abgestimmt wurde. Das wurde offensichtlich nebenbei gemacht - so ungefähr: "Ist niemand dagegen?"

Ich frage mich hier, meine Damen und Herren, welcher GR hat dies ohne Debatte zur Kenntnis genommen? Ich weiß keinen. Vielleicht habe ich wirklich einen versäumt. Es war keiner dazwischen! Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich gebe den Vorsitz an Koll. Sablik ab und melde mich selbst zu Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bgm. das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr geehrter Hr. Dr. Pfeil, meine Damen und Herren des GR! Die Verkehrsproblematik ist zuge-

gebenerweise das dringendste Problem in der Stadt. Es betrifft die meisten Menschen. Wir haben die Umsetzung des Verkehrskonzeptes zur Priorität erhoben. In diesem Zusammenhang ist aber wiederum das Schlüsselprojekt die Bahnhofs-Überbauung. Darüber besteht einhellige Auffassung.

Es hat schwierige Streitgespräche gegeben über die Ausschreibung, die Durchführung, ob es in diesem Bereich einen Architekten-Wettbewerb geben soll oder nicht. Ursprüngl. war ja geplant, auch den Brückenkopf sozusagen mit in den Architekten-Wettbewerb einfließen zu lassen. Es hat auch Streit gegeben zw. den planenden Architekten und der Architektenkammer.

Ich habe versucht, die Dinge zu klären - im Gespräch mit den planenden Architekten, im Gespräch mit dem Präsident der Architektenkammer. Es ist heraus gekommen, daß Präsident Schimek die Meinung vertreten hat, daß ein Architekten-Wettbewerb eigentl. nicht durchzuführen ist. Sondern, daß es bei diesem Projekt aufgrund der vielen Zwangspunkte, die es bei der Bahnhofs-Überbauung gibt, nicht zweckmäßig erscheint, einen Architekten-Wettbewerb durchzuführen - weil die Gestaltungsmöglichkeit sehr eingeschränkt ist! Es war aber die Empfehlung des Hr. Präsidenten, für die Oberflächengestaltung z. B. und für andere Elemente

dieser Überbauung, die von der Baumasse her recht beträchtlich ist, doch Architekten mitwirken zu lassen.

Wir haben 4 Steyrer Architekten eingeladen, an der Gestaltung mitzuwirken. Die Auflagen, die es gegeben hat, waren verhältnismäßig einfach. Zum einen die Funktionalität des Komplexes - im Hinblick auf die Auflagen, die vom Verkehrsplaner gekommen sind.

Zweitens die Begrenzung durch die finanziellen Mittel, die mit 80 Mill. S gegeben war. Ich darf daran erinnern, daß es uns in gemeinsamer Anstrengung gelungen ist, die Finanzierung sicherzustellen. 40 Mill. vom Bund, 20 Mill. vom Land, 20 Mill. durch uns selbst. Nun haben diese 4 Architekten 4 Planungen gemacht und 4 Modelle angefertigt. Niemals - kann ich mich erinnern - ist bei der Planung eines Projektes ein so umfassender Aufwand betrieben worden, um dem Gestaltungsbeirat alternative Möglichkeiten vorzulegen.

Wir haben die Herren des Gestaltungsbeirates begrüßt - sie waren teilw. zum ersten Mal in Steyr. Ein Herr aus Wien, einer aus Innsbruck, einer aus Leibnitz; dazu unser Hr. Landeskonservator. Sie waren von der Schönheit der Stadt begeistert - überhaupt jene, die Steyr nicht so gut gekannt haben. Dann ging es um die Sinnhaftigkeit oder Nicht-Sinnhaftigkeit des Verkehrskonzeptes.

Bis 20 Uhr wurde beraten. Dann haben sie sich für die - nach ihren Worten - dezenteste Variante entschieden. Nach der Entscheidung sind wir hier in diesem Raum gesessen (die Architekten, Journalisten, Beamte unserer Bauabteilung, StS-Mitglieder usw.), und sie haben uns diesen "Spruch" mitgeteilt: Ihnen gefällt keines dieser Projekte so richtig, das dezenteste sei aber noch das des Hr. Arch. Falkner. Sie meinten, dieses sollte weiterentwickelt werden.

Wir haben uns das angesehen. Dieses Projekt hatte aber einen entscheidenden "Haken". Es ist zwar wirklich das dezenteste und es gefällt mir auch sehr gut; es fügt sich gut in die Landschaft ein. Nur sind einige "Haken" damit verbunden: Erstens wird die Frage des Bus-Terminals nicht gelöst - und zwar in der Weise, wie es vom Verkehrsplaner vorgesehen wird. Zweitens sind in den Auffahrtsrampen bzw. in dieser Tunnel-Gestaltung Steigungen bis zu 13 % feststellbar. Das ist für unsere Busse eindeutig zuviel. Drittens ist die Zufahrtsmöglichkeit über die Dambergasse vorgesehen, welche erfahrungsgemäß ein Straßenzug ist, der nicht sehr leistungsfähig ist und sicher Probleme mit sich gebracht hätte. Viertens wurde mir noch mitgeteilt, daß ein Umkehren in diesem P&R-Parkplatz nicht mehr möglich ist. D. h., wenn man durchgefahren

ist und keinen Parkplatz gefunden hat, kann man keinen neuen suchen und hat keine Möglichkeit, zurückzufahren. Man müßte hinaus- und wieder hinein fahren, der ganze Verkehrsablauf würde sich wiederholen!

Das waren aufgrund der Untersuchung durch unsere Bauabteilung und durch das Architektur-Büro Spirk (sie sind die "Hausplaner" der Bundesbahn) die entscheidenden Argumente. Wir müssen bedenken, daß die Bundesbahn der Bauträger sein wird, und daß die Bundesbahn auf ihre Gestaltung des Zugverkehrs und des Bahnhofes natürl. den maßgeblichsten Einfluß hat. Sie leisten auch den größten finanziellen Beitrag! Ohne Bundesbahn geht in Wahrheit nichts!

Das war für uns entscheidend. Wir haben vom Planungsbüro der Bundesbahn, aber auch von den leitenden Herren der Bundesbahn-Planung unverblümt mitgeteilt bekommen, daß es nicht sehr zweckmäßig ist, diese Variante weiter zu verfolgen. - Wir sollten aufgrund dieser Situation, weil wir so unter Druck stehen, weil die Budgets einjährig sind und weil wir jetzt diese finanziellen Mittel haben, doch der Variante Nr. 2) den Vorzug geben. Diese Variante wurde - meines Erachtens - auch von den Architekten am meisten akzeptiert. Das wurde also von Hr. Ing. Haslinger im Bauausschuß be-

richtet, der Mitarbeiter des Büro Spirk ist. Wir haben dann einen einstimmigen Beschluß gefaßt, daß wir in dieser Weise vorgehen werden. So war das - ich war selbst dabei! Ich habe mich gefreut, daß hier eine rasche Entscheidung möglich war. Sie sind etwas früher weggegangen und waren nicht mehr zugegen. Sie waren nur beim Lokalaugenschein und am Beginn der Bauausschuß-Sitzung dabei. Das ist jedenfalls zur Debatte gestanden und wir haben es beschlossen. So soll es unserer Meinung nach auch geschehen! Ich war wirklich erfreut, daß dieser Beschluß einstimmig gewesen ist - er wurde auch vom Koll. Payrleithner im Bauausschuß mitgetragen. Daher habe ich mich auch legitimiert gesehen, daß wir diese Vorgangsweise treffen, weil es so wichtig ist und weil die Dringlichkeit - wie bei keinem anderen Projekt der Stadt - gegeben ist.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke für diesen Beitrag. Wortmeldung seitens der ÖVP? Hr. StR Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte einmal zu diesem vorletzten Bauausschuß Stellung nehmen. Auf der Tagesordnung ist gestanden: "Information - Verkehrsdrehschei-

be". Das wurde vom Bauamt gemacht, und ich kann mich erinnern, daß auch im Verkehrsausschuß ein Punkt unter "Information" vorgekommen ist und darüber abgestimmt wurde.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das war im ersten Verkehrsausschuß und die Abstimmung wurde auf Wunsch wiederholt. Ich habe das zur Kenntnis genommen und mich daran gehalten...

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Es steht auch bei den anderen Punkten nicht drinnen, daß über die Punkte abgestimmt wird. Das ist an und für sich selbstverständlich und kann daher nicht als Skandal bezeichnet werden!

Zweitens bist Du, lieber Hr. Vizebürgermeister, nach dem ersten Lokalaugenschein in Münchenholz gegangen, hast die Bauausschuß-Sitzung verlassen und bist bis zum Ende der Sitzung nicht mehr gesehen worden.

Drittens haben wir dort zwei Stunden diskutiert und die Projekte anhand der Modelle vorgestellt bekommen. Der Bau- direktor hat das sehr sachlich und objektiv gemacht. Wir hörten dann auch die Stellungnahme des Beauftragten der Bundesbahn, Hr. Ing. Haslinger, der die baulichen Möglichkeiten zur Kenntnis gebracht hat und die

effektiven Kosten nachgerechnet hat. Es hat sich herausgestellt - der Bgm. hat das bereits gesagt -, daß versch. Kriterien das Projekt des Arch. Falkner nicht als das beste erscheinen ließen. Auch wenn es der Gestaltungsbeirat als solches gesehen hat. Kriterien waren die Anbindungen, die Zufahrt zum Parkdeck über die Damberggasse, die langen Tunnels, die in der Form von der Länge und von der Steigung her nicht möglich gewesen wären; das zu schmale Parkdeck, Probleme im Winter mit der Schneeräumung, weil nur ein Parkdeck besteht. Bei dem anderen sind zwei Etagen. Da kann man in der überdachten Etage parken, während die obere vom Schnee geräumt wird. Weiters gab es noch Bedenken wegen des Umkehrens, weil dieses Parkdeck zu schmal ist, und andere Überlegungen auch. Im Gestaltungsbeirat wurde das Projekt "Schmid" vom Vorsitzenden, Arch. Kada, als zweites gereiht. Allerdings mußte er dann früher weg - er ist um 17.30 Uhr gegangen -, und bei der abschließenden Schlußbetrachtung wurde das nicht mehr näher angeführt und auch im Protokoll nicht berücksichtigt. Wir haben dann bei dieser stundenlangen Debatte - ich glaube, es waren über 2 Stunden - darüber diskutiert, welches Projekt weiter verfolgt werden soll. Als wir abstimmten, gab es einen einstimmigen Beschluß! Daß Du, lieber Hr. Vbgm., nicht

dabei warst, dafür können wir nichts!

Daß der GR das nicht zur Kenntnis genommen hätte - da mußt Du im letzten GR geschlafen haben! Der Bgm. hat berichtet, und es hätte die Möglichkeit gegeben, bei versch. Tagesordnungspunkten oder in der Aktuellen Stunde (so wie heute) dazu Stellung zu nehmen und sich dagegen zu verwahren. Das ist nicht geschehen, daher hat der GR das ohne Kommentar und ohne Debatte zur Kenntnis genommen. Aus diesem Grund ist die Berichterstattung in unserer Zeitung richtig und stellt keine Irreführung der Bevölkerung dar!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist ein Witz!

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Das ist kein Witz! Du glaubst immer, Du mußt ein wenig populistisch Propaganda machen. Aber das gelingt Dir eben nicht!

Auf jeden Fall sind wir aus den dringlichen Gründen zu der Überzeugung gekommen - der Bgm. hat das bereits angeführt: Erstens wollen wir dieses Parkdeck rasch verwirklichen.

Ein ganz wesentl. Punkt war ja auch, daß die Bundesbahn als einzige diesem Projekt reelle Chancen gegeben hat und gesagt hat, das ist für sie machbar!

Die Debatte im Gestaltungsbeirat wäre ja - gerade aufgrund des

Beitrags von Vbgm. Pfeil - fast ins Schleudern gekommen, weil er gesagt hat: "Die haben ohnehin gesagt, sie verlegen den Bahnhof nach Münchenholz oder nach Ramingdorf, dann könnte man dieses ..."

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, ich habe gesagt, ich könnte mir vorstellen, daß das noch nicht ausreichend untersucht ...

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Du hast beim Gestaltungsbeirat gesagt, soweit Dir bekannt ist, wird der Frachtenbahnhof nach Münchenholz oder Ramingdorf ausgelagert.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ausgelagert werden kann!

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Nein, Du hast gesagt, Dir ist es bekannt! - Nächstes Mal nehmen wir es auf Tonband auf!

Du hast gesagt, daß Du gehört hast, daß er ausgelagert wird! Daraufhin haben die gesagt, wenn das so wäre, dann sind die Unterlagen für diesen Wettbewerb falsch!

Das ist kein Mißbrauch. Alle haben genau die Angaben und die Forderungen gehabt. Es war kein Wettbewerb - der Hr. Bgm. hat das schon dargelegt. Außerdem ist es durchaus legitim, daß Fachleute eines

Gestaltungsbeirates für die Begutachtung von diesen 4 Projekten herangezogen werden! Wäre es ein Wettbewerb gewesen, dann hätte man das anders ausgeschrieben. In diesem Fall hätte ich gesagt, es war eine Jury. Es war aber keine Jury! Sie haben dazu ihre Stellungnahme abgegeben.

Im übrigen möchte ich sagen, daß es noch ein Gutachten gibt. Und zwar von einem profunden und angesehenen Mann, der diese Gutachten sehr, sehr stark "zerpflückt". Ich möchte sie aber jetzt nicht zitieren, obwohl ich sie mitgenommen habe.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Tu's!

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Nein! Ich will es nicht, weil ich mit dem Mann erst Rücksprache halten möchte. Aus diesem Grund; aber vielleicht ergibt sich noch einmal die Gelegenheit. Ich glaube, der Hr Bgm. weiß das bzw. kennt das auch. Man muß aber zuerst mit diesem Mann reden, weil er für diese Gutachter-Tätigkeit nicht separat honoriert wurde. Man hat ihn unabhängig davon gebeten, eine Stellungnahme abzugeben. Er hat das Projekt "Schmid" weitaus als bestes erklärt und auch sehr sachlich begründet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Verkehrsmäßig oder stadtbil-  
derisch? Das muß man  
auseinander halten!

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

In jeder Hinsicht! Ich könnte hier  
zitieren. Ich mache es aber  
deswegen nicht, weil dann von  
der Presse normalerweise nur  
Bruchstücke oder Teilsätze  
herausgenommen und nicht voll  
wiedergegeben werden. Wenn  
die Rücksprache mit dem Gut-  
achter erfolgt ist, werden wir  
dieses Gutachten der Öffent-  
lichkeit sicherlich zur Verfügung  
stellen.

Auf jeden Fall glaube ich, daß die  
Entscheidung gut und richtig war  
und wir gut beraten sind, diese  
Bahnhofs-Drehscheibe möglichst  
bald in Angriff zu nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-  
LIK:

Danke. Gibt es seitens der GAL  
eine Wortmeldung? Hr. GR Holub  
bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ganz kurz nur zum formalen  
Ablauf beim damaligen Bauaus-  
schuß. Ich kann mich schon noch  
sehr gut daran erinnern, wie die  
Stimmung war. Die Stimmung der  
einzelnen Mandatäre war si-  
cherlich noch nicht in eine best.  
Richtung gefestigt.

Ich weiß noch genau, wie die  
Abstimmung war. Die Abstim-  
mung ist so verlaufen, daß Sie  
dann am Schluß gesagt haben,  
naja, das ist eine einhellige

Meinung - das war dann die Ab-  
stimmung!

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

Das stimmt nicht!

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich kann mich wirklich konkret  
erinnern, daß keine Abstimmung  
per Hand erfolgt ist, sondern daß  
Sie einfach eine Stimmung als  
Abstimmung festgehalten haben.  
Das kam mir eher ungewöhnlich  
vor! Da muß ich schon der  
Ehrlichkeit halber Stellung  
nehmen!

Zum anderen möchte ich sagen,  
daß mir generell die Vor-  
gangsweise etwas übereilt er-  
scheint. Ich finde es auch  
schlecht, daß keine Rücksprache  
mit dem Gestaltungsbeirat ge-  
halten wurde. Mir kommt es so  
vor, daß es sehr schnell passieren  
sollte und daß einige Herren  
nicht ganz unbeteiligt waren.  
Mir geht es auf jeden Fall darum,  
daß diese sog. Abstimmung in  
meinen Augen keine war.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-  
POLD PFEIL:

Das war die Stimmung!

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

Darf ich dazu einen Satz sagen ...

VIZEBURGERMEISTER DR. LEO-  
POLD PFEIL:

Nein, da machen wir eine Dis-  
kussion daraus!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:  
Bitte, einen Satz.

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

Es steht ja ausdrücklich im  
Protokoll: "Nach weiterer Dis-  
kussion und Erörterung der Vor-  
und Nachteile der einzelnen  
Projekte wird dann vom Bau-  
ausschuß übereinstimmend, nach  
den entspr. Vorstellungen durch  
Bgm. Leithenmayr und StR  
Schloßgangl, erklärt und fest-  
gestellt, daß das Projekt 'Schmid'  
weiter zu verfolgen ist. Dies  
findet seine Begründung in  
Kosten- und Stadtbildgründen."

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-  
POLD PFEIL:

Wo ist bitte hier die Ab-  
stimmung? Das war eine Mei-  
nung des Bauausschusses, aber  
formal wurde nicht abgestimmt!  
Das ist ein Skandal!

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

Natürlich! Das ist ja ganz klar - es  
gab keine Enthaltungen oder  
Gegenstimmen!

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

De facto ist keine Abstimmung  
erfolgt!

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

Aber natürlich! Ich habe gefragt,  
ob eine Gegenstimme oder eine  
Stimmenthaltung vorliegt.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Zu diesem Beitrag der FPÖ gibt es  
aufgrund des Statutes keine  
weiteren Wortmeldungen mehr.  
Hat die ÖVP ein Thema? Nicht  
der Fall. Gibt es seitens der GAL  
noch eine Wortmeldung? Auch  
keinen Beitrag mehr.

Ich danke für die Auf-  
merksamkeit und darf mitteilen,  
daß wir Beschlüsse im Ausmaß  
von S 32,811.000,-- gefaßt ha-  
ben. Die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 17.44 UHR

*DER VORSITZENDE:*

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e.h.

*DIE PROTOKOLLFÜHRER:*

OMR Mag. Augustin Zineder e.h.

Belinda Kastlunger e.h.

*DIE PROTOKOLLPRÜFER:*

Johann Glanzer e.h.

Eva Scheucher e.h.